Informations-Dienst





zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

Erscheint wöchentlich Nr. 263 6. Januar 1979 1,50 DM *incl. 6% Mwst.* D 1870 CX

Redaktionsschluß: Donnerstag 16 Uhr
Postanschrift: Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
Telefon: 0611 / 70 43 52
Druck: Druckladen GmbH,
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt

DER AKTUELLE WETTERBERICHT:

DEUTSCHLAND – EIN WINTER MIT WENIG MÄRCHEN

Über den radikalen Kälteeinbruch in Nordeuropa kann ich meine klammheimliche Freude nicht verhehlen. Er hat in den Medien mittlerweile die „Bedrohung durch den Terrorismus" würdig abgelöst, – schon deshalb bin ich mit Eis und Schnee solidarisch! Was vor Jahresfrist als größte Gefahr des Terrors an die Wand gemalt wurde, ist durch raffinierte Klimabewegungen Wirklichkeit geworden: die hochentwickelten Industriedemokratien sind der Kälte schutzlos ausgeliefert.

Im Autofunk läuft die spannendste Kriegsberichterstattung seit Stalingrad: die Kaltwetterfront hat den Großraum Kassel erreicht! Hört ihr Bürger laßt euch sagen, löscht das Licht und rührt euch nicht! Die weiße Gefahr im Anmarsch! Die 0-Grad-Grenze verläuft jetzt auf der Linie Büdingen, Gießen, Burggräfenrode; die Front wird begradigt, da weitere Frostvorstöße zu erwarten sind. Auf der Strecke Dortmund Duisburg kommt ihnen ein Fahrzeug auf der falschen

Fortsetzung auf S. 2

WER HAT FOTOS VON DER ‚ANTI-NUCLEAR-POWER-SHOW'

FRANKFURT 3.Januar Die Gruppe, die im August 1978 die erste Demonstration gegen AKWs in Irland organisiert hat, steht ohne Bilder von diesem großen Ereignis da. Da unter den 10.000 beteiligten Menschen auch viele deutsche Urlauber waren und es den scharfen Augen der Veranstalter nicht entgangen ist, daß diese zu einem großen Teil mit guten fotografischen Apparaten ausgerüstet waren, wird auf diesem Wege gebeten, Fotos an die nachstehende Kontaktadresse zu schicken:

Anti-Nuclear-Power-Show, c/o 168 Rathgar Road,Dublin,Irland

AKW-GEGNER IN HAMELN VOR GERICHT

HAMELN 2.Januar Am 8.Januar findet vor dem Amtsgericht Hameln ein Prozeß im Zusammenhang mit dem Anti-Atom-Dorf Grohnde statt. Damals im August 1977 hatten sich einige hundert Demonstranten vor dem Polizeirevier in Hameln versammelt und die Freilassung eines verhafteten AKW-Gegners gefordert. Die Polizei rückte daraufhin ohne Warnung aus und prügelte brutal auf die Demonstranten ein. Dabei wurde der jetzt vor Gericht Stehende verhaftet. Weitere Informationen zu dem Prozeß, der noch fortgesetzt werden wird, sind erhältlich im:

Buchladen Hameln, Neue Marktstraße 17
Telefon 05151 / 26 161

presseerklärung

PETER BRÜCKNER KOMMT NACH FRANKFURT

Der Psychologie-Professor Peter Brückner beginnt am Dienstag, den 9.Januar 1979 um 16 Uhr im Hörsaal VI der Frankfurter Universität seine erste Vorlesungsreihe – auf Einladung des AStA Uni Frankfurt – an einer bundesdeutschen Universität seit Oktober 1977.

Er wurde damals für seine kritischen wissenschaftlichen und politischen Arbeiten mit Berufsverbot belegt. Das damit verbundene Hausverbot an der Universität Hannover wurde inzwischen auch auf die anderen Universitäten in der BRD ausgedehnt.

Wir erwarten außer einem Solidaritätseffekt mit Peter Brückner von dieser Veranstaltungsreihe eine Belebung der politischen Diskussion an der Universität. Die Fachbereiche Gesellschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften und Neuere Philologien haben unterdessen die Übernahme der Kosten für jeweils eine Vorlesung zugesagt.

Darüber hinaus fordern aber die Frankfurter Studenten eine Professur für Peter Brückner an unserer Universität auf Dauer.
AStA Universität Frankfurt.

EIN AUTONOMER KULTURLADEN IN MARBURG

MARBURG 3.Januar Der Kulturladen in Marburg hat ein Interesse, mit all denen in Verbindung zu treten, die in der BRD Ausstellungen organisieren und dabei unabhängig vom bürgerlichen Kulturbetrieb bleiben wollen. Geplant ist eine Kartei aller verfügbaren kulturellen und politischen Ausstellungen.

Kontakt: **Kulturladen, Schulstraße 6, 3550 Marburg,**
Telefon 06421 / 29898

FÜR BUBACK-NACHRUF-BETROFFENE

Im November kam der 4.Rundbrief für alle... „Prozeßbetroffene, Rechtsanwälte, Unterstützer, und Publikationsorgane der kritischen Öffentlichkeit" heraus. Zu beziehen über
‚Ästhetik und Kommunikation', Fuggerstr. 18,1 Berlin 30
Telefon 030 / 24 10 84

3.WEIHNACHT IRISCHER POLITISCHER GEFANGENER IM H-Block

Das Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee verschickte die folgende Presseerklärung:

OBERURSEL 23.Dezember Heute, um 11 Uhr, einen Tag vor Heiligabend, wird in den europäischen Städten Oslo,London, Den Haag, Brüssel, Paris,Zürich,Berlin, Frankfurt (vor dem britischen Generalkonsulat) und Heidelberg von Mitgliedern und Freunden nationaler Irlandkomitees gegen die brutalen und menschenunwürdigen Bedingungen protesiert, unter denen Großbritannien 2000 irische Gefangene hält.

Mit unserem Protest unterstützen wir die Forderungen von besonders den 350 Gefangenen in den sogenannten H-Blocks des Konzentrationslagers LONG KESH in Nordirland und des Frauengefängnisses von ARMAGH, die sich bereits seit September 1976 im Kampf für die Anerkennung als Kriegsgefangene befinden.

Internees Release Association e.V.; Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee e.V., Freundlicher Gruß
Ruarai O Shaughnessy

Kontakt: Westdeutsches Irlandssolidaritätskomitee,Postfach 35, 6370 Oberursel,Telefon 06171 /73 212

BUSSGELDBESCHEID FÜR WEHRPASSVER–BRENNER

Lörrach 12.11.78 Am 15.4. verbrannten 8 Leute in Lörrach öffentlich ihre Wehrpässe, um gegen das BVG-Urteil vom 13. April (Wiedereinführung der Gewissensprüfung) zu protestieren.

Nun kam für sechs dieser Leute ein Bußgeldbescheid (von 216 DM). Die Begründung dafür stammt aus militärischen Gesetzen (Wehrpflichtgesetz) und geht mit keinem Wort auf die Begründung der Aktion ein. Wir halten die Aktion weiterhin für begründet und werden versuchen, bei einer Einspruchsverhandlung vor dem Amtsgericht dies zu verdeutlichen. Falls dabei nicht von der formalen Ebene abgegangen wird, sind wir gezwungen weitere Aktionen zu machen.

Geplant sind weitere Wehrpaßverbrennungen nach einem negativen Ausgang und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit durch Zeitungsartikel, Leserbriefe und Straßenaktionen. Wir sehen uns als einen Teil einer bundesweiten Kompanie, die aufgrund des BVG-Urteils verstärkt gegen die Militärisierung dieser Gesellschaft kämpft. Wir verstehen dabei die Totalverweigerung die Aktionen der KGW (Kollektiv Gewaltfreier Widerstand) und andere Aktionen als wichtige Formen dieses Kampfes.
SOLIDARITÄT MIT DEN WEHRPASSVERBRENNERN!
Gruppe "Hoppla, mein Wehrpaß brennt"

WETTERBERICHT '... (fortsetzung)

Fahrbahn entgegengeschliddert, die Kältewelle kämpft verbissen um jeden Meter, alle Räumfahrzeuge sind im Einsatz, die Bundeswehr tut ihr Bestes und der Strom ist ausgefallen. Katastrophe!

Wir hingegen begrüßen die kühle Nordwelt, wie wir den Verweigerungstreik der persischen Ölarbeiter begrüßen. Zwar sind soziale Katastrophen immer etwas anderes als klimatische Aufstände (und umgekehrt), aber mittlerweile treffen sie unser geliebtes Staatswesen gleichermaßen ins Herz. Deswegen darf beides nicht allzu öffentlich beklatscht werden und deswegen gönnen wir uns doch die öko-politische Schadenfreude über die Unfähigkeit der mobilen Räum- Streu- und Einsatzkommandos. „Niemand wird den unerbetenen Besuch Sibiriens in Mitteleuropa als einen Heidenspaß empfinden" warnt uns die FAZ. Dabei liegt das Katastrophale weniger in der Natur„gewalt", die da angeblich aus dem kommunistischen Sibirien kommt, sondern im Zusammenbruch der technisierten Infrastruktur, die doch soviel auf ihre Überlegenheit hält. Lächelnd beobachten wir, wie sie ihr borniertes Prestige einbüßt. Gegen eine Kultur, die sich AKW-, Öl-, Chemie- und andere Katastrophen leistet, kommt uns das rebellische Wetter wie ein heimlicher Verbündeter vor.

Diese Gesellschaft kann es nicht verkraften, auch nur ein paar Tage aus ihrem gestanzten Zeittakt geworfen zu werden, ein paar Tage lang einfach Pause zu machen, Luft zu holen, es sich gemütlich zu machen. Dabei wäre nichts einfacher als das. Aber hier läßt nur die allergrößte Not das Selbstverständlichste zu; und auch nur nach amtlicher Aufforderung! „Überall in Nordfriesland riefen die Ortsvorsteher zur Gemeinschaftshilfe auf: wer noch über einen alten Bullerofen verfüge, über einen Kamin vielleicht, der möge seine weniger glücklichen Nachbarn aufnehmen und sie beherbergen. Und so wurde manche Sylvesterfeier in großem Kreis und auf engstem Raum begangen, gelegentlich bis zu 20 Menschen in einer kleinen Küche; und auf der eisernen Platte des Ofens, so hörte man, kochte in der Regel ein Eintopf aus Fleisch und Gemüsen aus der wegen des fehlenden Stroms auf tauenden Tiefkühltruhe" (FAZ) Das ist schon toll: Die Temeperatur von —14 grad in den Kühltruhen kann nicht gehalten werden, weil es draußen —20 grad kalt ist!

Wenn ich durch das verschneite Frankfurt stapfe, komme ich regelmäßig da ins Schlingern, wo schneefeindliche Ordnungsderwische Salz gestreut haben. So ein Schwachsinn! Die geschlossene Schneedecke wird zum zivilisatorischen Albtraum stilisiert, Panik wird erzeugt, die Solidarität aller Wetterfrösche beschworen, die ganze Bundeswehr mobilisiert, weil dieses elektrische Land seinen Lebensnerv bedroht sieht. Für ein paar Tage gehen die Uhren anders, als im Fahrplan vorgesehen, für ein paar Tage wird die freie Marktwirtschaft an die Schneeketten gebunden, werden Liefertermine nicht eingehalten, Planungsziele über den Haufen geworfen; Umsätze aller Art stagnieren, der Warenverkehr kommt zum Erliegen, Stechuhren werden ungültig, Arbeitgeber und Arbeitnehmer bleiben gleichermaßen von ihren Arbeitsplätzen verschont, weil sie nicht hinkommen. Herrlich! Unsere Genugtuung über dieses Geschenk des Himmels steigert sich in dem Maße, wie das ganze Volk mit einem verordneten Katastrophendenken terrorisiert werden soll. Die Bundesregierung wird ein ein einziges Winterhilfswerk und die Bundesbürger lauter ausgemergelte Sibirienwanderer a la „so weit die Füße tragen". Abweichungen von der abendländischen Kalenderordnung sind schlicht unzulässig. Für eine ideologisch verwertbare weiße Weihnacht sind alle Heimchen zu haben, wie niedlich! Aber bitte nicht zu weiß, und ja nicht nach den dafür vorgesehenen Feiertagen, das gilt nicht!

Wie wütend engstirnig ist diese Perspektive, die einer außergewöhnlichen klimatischen Situation nur noch mit dem geballten Vernichtungsprogramm der technischen Verwaltung entgegentreten kann. Das ist Faschismus gegen die Natur im Interesse des sozialen Gleichgewichts. Der Schnee ist der Feind! Zertretet ihn, zerstört ihn, wo ihr könnt, Volk an die Schippe, rettet uns vor dem Schneemassenaufstand, Vorsicht vor den Eispartisanen, das Wetter ist der Saboteur des Fortschritts.

Aber wer glaubt das schon? Erfreulicherweise viel weniger als in Sachen Terroristenfurcht. Ist ja auch kein Wunder, das Wetter ist und bleibt im Urteilsbereich jedes einzelnen, Schneeflocken und Eiswinde sind keine international verschworenen Terrroristen mit Phantomgesichtern, denen der kleine Staatsbürger nie begegnet, auch wenn er sich noch so danach sehnt, Schnee und Kälte fangen gleich vor der Tür an, sind mit allen fünf Sinnen erfahrbar und mit Pudelmütze, Handschuhen und warmen Socken ganz gut zu ertragen — trotz der hysterischen Warnungen aus Presse, Rundfunk und Fernsehen.

So ein Wetter in unseren Breiten ist geradezu eine Erholung gegenüber dem miesen, sturen Einheitsklima, das uns jahrein jahraus die Laune verwässert, wo aber alles grau und ordentlich funktioniert. Ich habe selten so viel lachende Gesichter auf der Straße gesehen, Erwachsene schliddern wie Kinder über die Fahrbahn, die sie sonst ungefragt den Autos überlassen. Alle wichtigtuerischen Hilfsmittel sehen auf einmal ganz alt aus, machen gar keine gute Figur bei diesem Wetter, ihre protzig behauptete Bissigkeit ist gebremst, die ganze motorisierte Arroganz auf Eis gelegt, Stoltenberg mit seinem Hubschrauber notgelandet. Was für eine Wohltat! Da kommen versteckte Katastrophengelüste hoch, die Sehnsucht nach der Apokalypse, anch dem großen Freuden tanz auf der Straße, die den Menschen gehört. In den Parks laufen tausende von Leuten herum, die sonst in den Taunus gebrettert wären, sich aber heute nicht trauen. Was das an Benzin spart! Ein warmes gemütliches Einverständnis macht sich unter den Leuten breit, die sich da verwundert begegnen, „ätsch", es ist mal anders als sonst und gar nicht übel! Als das Selmi-Hochhaus unter dem Jubel der Frankfurter Volksmassen brannte und an den autofreien Sonntagen 1974 kam ähnliches zustande.

Über kurz oder lang werden die Krisenstäbe ihre angeschlagene Macht wieder herstellen. Das was man hier Leben nennt, wird sich früh genug wieder „normalisieren", so wird uns gedroht, und die Leute werden sich auch artig normalisieren lassen und nicht wie in Teheran aus eigener Kraft die ganze Kiste lahmlegen. Trotzdem, oder gerade deshalb: wir wünschen dem Schnee, dem Eis, der ganzen Großwetterlage viel Glück, Robustheit, langes Leben, List und zähen Widerstand. Solidarität mit Frau Holle! Es ist an der Zeit, den Wetterbericht von unten zu schreiben.

Micky Remann

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortlicher Redakteur: Karl F. Kassel

‚GREENPEACE'

FRANKFURT 3. Januar

Den Bericht von Kai Krüger haben wir etwas gekürzt entnommen aus den Nummern 21 und 22/78 der ‚Yacht', einer wohl eher luxuriösen Zeitschrift für luxuriöse Menschen,wie Yachtbesitzer und Segler-Fans – und ausnahmsweise auch für ID-Leserinnen und Leser.

Das dicke Ende der Reise, der Start von den Shetlands zu den Walfanggründen zwischen Island und Grönland, begann mit einem Reinfall. Statt warmzulaufen, wie es sich gehört, blieben die vier Dieselelektro-Aggregate unserer "Rainbow Warrior" kurz nach dem Anlassen wieder stehen. Wasser hatte sich auf dem frisch gebunkerten Dieselöl gesammelt.

David, mit dem ich an Deck stand, wußte nicht, ob er sich ärgern oder freuen sollte. Er hat in den letzten Jahren mit seiner inzwischen verkauften Spitzgatt-Ketsch "Vega" auf dem Pazifik 50000 Meilen abgerissen, 5000 Meilen davon einhand. Wir kannten uns noch nicht lange, aber lange genug für seine Bemerkung: "Ein Scheißdampfer ist das hier".

Dabei hat der Segler David McTaggart diesen "Scheißdampfer", den ehemaligen Fischereiforschungs-Trawler "Sir William Hardy", Anfang dieses Jahres selbst gekauft. Dreißig Jahre hat der Trawler auf dem rostigen Buckel, er lag bereits zwei Jahre auf und sah entsprechend vergammelt aus. Mit unwahrscheinlichem Einsatz (und unwahrscheinlichen Farbmengen) ist er in hunderten von freiwilligen, unbezahlten Arbeitsstunden von Greenpeace-Mitgliedern und -Freunden wieder aufgemöbelt worden, um jetzt als "Rainbow Warrior" (Regenbogen-Krieger) gegen die letzten Walfänger, gegen Atom- und Chemiemüll-Versenker in den Seekrieg zu ziehen.

McTaggart, ein Kanadier schottischer Abstammung, ist heute Herz und Hirn der Greenpeace-Stiftung, unter deren Flagge die "Rainbow Warrior" operiert. Die Stiftung entstand vor fast zehn Jahren an Amerikas Westküste aus Protest gegen Atombombenversuche auf den Aleuten. Kanadier aus der Hafenstadt Vancouver, wo auch McTaggart aufwuchs, nahmen erst mit einem gecharterten Heilbutt-Fischer und, als der wegen Sturm wieder umkehren mußte, mit einem Ex-Minenwerfer Kurs auf das Versuchsgebiet westlich Alaskas und verhinderten durch ihr Aufkreuzen die Atom-Explosionen, bis sie zum Bunkern und Auffrischen des Proviants einen Hafen anlaufen mußten, wo sie, gegen den Willen der handelnden Coastguard-Beamten, aufgrund eines vorgeschobenen technischen Details an die Kette gelegt wurden.

Der massive Protest veranlaßte die Amerikaner immerhin, ähnliche Versuche dort nicht mehr zu wiederholen. Die Bürgerinitiative, deren Namen aus dem damaligen Hippie-Gruß "Peace" (Friede) und der Antwort "Make it a green peace" (Aber ein grüner Friede!) entstanden war, hatte ihren ersten Erfolg zu verzeichnen.

Inzwischen hat Greenpeace allein an der amerikanischen und kanadischen Westküste hunderttausend Förderer, die mit kleinen und weniger kleinen Geldspenden die Kasse der Bürgerinitiative füllen. Eigene Büros, größtenteils mit ganztägig angestellten Mitarbeitern, gibt es in Kanada, den USA, auf Hawaii, in Australien, Neuseeland, England, Frankreich, Holland und Dänemark. Auch in der Bundesrepublik befindet sich jetzt eine Greenpeace-Niederlassung im Aufbau.

Von Anfang an unterschied sich die Greenpeace-Bürgerinitiative von anderen, ähnlichen Initiativen dadurch, daß sie etwas tat, statt nur zu reden, zu protestieren und zu demonstrieren. Durch Presse und Fernsehen gingen ihre Einsätze gegen die brutalen Robbenschläger in Alaska und gegen die Walfänger im Pazifik.

Der letzte Greenpeace-Einsatz endete mit der wahnwitzigen Enterung des russischen Walfang-Fabrikschiffes "Dalny Vostok", dessen Fangboote zuvor auf hoher See im Nord-Pazifik eine wahre Treibjagd auf die Schlauchboote des Greenpeace-Schiffes "Ohana Kai" veranstaltet hatten.

Bei ruhigem Wetter waren die Greenpeace-Krieger mit ihren Schlauchbooten, mit denen sie sich sonst schützend zwischen gejagte Wale und ihre Jäger auf den Fangbooten manövrieren, in das offene Heck der "Vostok" eingelaufen. Sie setzten dort eine Handvoll Leute ab, die über die schlüpfrige Wal-Rutsche nach oben krochen und plötzlich an Deck der verdutzten russischen Mannschaft gegenüberstanden.

Nancy Jack, das einzige Mädchen unter den Enterern, notierte später in ihrem Tagebuch, wie dieser bislang einzigartige Sturm einer westlichen Schiffsbesatzung auf ein russisches Schiff auf hoher See vor sich ging: *Eine ganze Menge freundlicher und neugieriger Gesichter erwartete uns auf dem riesigen Flens-Deck, wo die Wale zerlegt werden. Aus allen Gesichtern sprach ein ungläubiges Erstaunen, daß wir die Frechheit besaßen, einfach ihr Schiff zu entern. Wir fingen sofort damit an, kleine Geschenke zu verteilen – Anstecknadeln mit Walen drauf, anderer Wal-Schmuck, T-Shirts und auch Druck-Schriften, in denen wir auf russisch erklärten, wer wir sind, was wir tun und weshalb sie keine Wale mehr abschlachten sollten. Kameras klickten auf beiden Seiten. Ich war überrascht, wie viel Kameras die Russen hatten. Irgendwie paßte es nicht zu den Russen, daß sie soviel davon hatten. Aber es war so.*

Ein anderer der Amerikaner, der Walforscher Dr. Paul Spong, berichtete über das Verhandlungsklima: *Zwar machten sie freundliche Gesichter, aber zu einem Gespräch kam es eigentlich nicht. Sie sagten nur immer, ohne Erlaubnis aus Moskau dürften sie sich nicht mit uns unterhalten. Im Gegensatz zu der Besatzung waren die Offiziere kühl und zurückhaltend, und es dauerte eine ganze Zeit, bis der Kapitän sich uns stellte. Wir wurden erst in den Leseraum und dann in ein Büro gedrängt, und während wir weiter über Wale sprachen, sprachen sie weiterhin von der noch ausstehenden Erlaubnis aus Moskau, uns an Bord zu lassen und sich mit uns zu unterhalten.*

Eine halbe Stunde später kam sogar ein amerikanisches Fernseh-Aufnahmeteam, das die Greenpeace-Leute dabeihatten, an Bord des Russen und begann ungeniert mit seinen Dreharbeiten. Nancy Jack: *Wir sprachen immer weiter über Wale, obwohl sie davon nichts mehr wissen wollten. Der Kapitän blieb höflich und freundlich. Ich glaube, er hatte richtig Angst um seinen Job. Zum Abschied sagte ich ihm, es täte uns leid, daß wir ihn von der Arbeit abgehalten hätten – aber das sei schließlich unsere erklärte Absicht. Alle lachten.*

David McTaggarts Greenpeace-Einsätze endeten nicht so fröhlich. McTaggart hatte es wie die Gründer der Bewegung zunächst auf Atomversuche abgesehen. Mit zwei weltweit beachteten Aktionen brachte er der Greenpeace-Bewegung den Zulauf, der diese Stiftung heute zu einer der größten und mit Sicherheit zur aktivsten internationalen Bürgerinitiative gegen jede Form sinnloser Ausbeutung dieses Planeten gemacht hat. In den Jahren 1972 und 1973 segelte McTaggart seine „Vega" von Neuseeland aus zum französischen Mururoa-Atoll, um die Franzosen an ihren dortigen oberirdischen Atombomben-Tests zu hindern. Von französischen Kriegsschiffen wurde er verfolgt, gerammt, geentert und eingeschleppt. Er und seine Besatzung wurde von den Franzosen verprügelt und ins Gefängnis gesteckt. Einen Video-Film von der 1973er Konfrontation versteckte eine Mitseglerin an einer bestimmten Stelle ihres Körpers und schmuggelte ihn so als Beweismaterial von Bord.

Das Gerichtsverfahren, das McTaggart damals wegen bewaffneter Piraterie und 75 anderer Gesetzesbrüche gegen die Republik Frankreich angestrengt hat, läuft immer noch. Doch die oberirdischen Mururoa-Versuche sind längst eingestellt, und von Kanadas Marine-Attache in Frankreich weiß McTaggart: „Immer, wenn die meinen Namen hören oder mein Bild in der Zeitung sehen, kriegen sie im französischen Verteidigungsministerium einen Wutanfall. Weil sie ihre Atom-Tests jetzt nämlich unterirdisch vornehmen müssen, und das kostet zehnmal soviel."

Über seine Atom-Fahrten und die Paragraphen-Odyssee, die sich daran anschloß, hat McTaggart eines der faszinierendsten Segler-Bücher geschreiben – leider vorerst nur in englischer Sprache. (David McTaggart/Robert Hunter „Journey into the Bomb", William Collins Sons & Co.Ltd.,London, ISBN 02118858.) Mc Taggarts Atomsaga beginnt finster:

Bald würde ich 40 sein – falls ich dann noch lebte. Denn immerhin, meine Geburtstagskerze könnte durchaus eine Atombombe sein, zehn Megatonnen, 250mal so tödlich wie die von Hiroshima. Voraus lag das Mururoa-Atoll, le Centre des d'Experimentations Nucleaires du Pacifique. Voraus lagen die Kriegsschiffe der französischen Marine. Voraus lagen Riffe und Untiefen. Voraus lagen neue Stürme. Voraus lag der Moloch einer Militärbasis aus Stahl und Kanonen, genug, um ganze Armeen zu verjagen. Voraus lag eine verbotene Zone, wo in Kürze eine Masse Uranium 235 kritisch werden würde, innerhalb von vier Kubikmeilen alles verdampfend und im Umkreis von sieben Meilen alles in Flammen setzend. Ich umklammerte die Pinne der „Vega". Meine Arme taten weh. Und während ich dasaß und sie abwechselnd in die eine und in die andere Richtung schob, fragte ich mich, und das nicht zum ersten Male, wie zum Teufel ich hier reingeraten war. Die Seen waren gewaltig. Wie sie da so über meinem Kopfe standen, schien es unglaublich, daß die winzige „Vega" noch nicht verschlungen worden war. Aber sie schwamm noch. Und in wenigen Tagen würden wir den unsichtbaren Absperrgürtel kreuzen, den die Republik Frankreich rund um Mururoa gelegt hat und den niemand in der Welt passieren durfte... Das Barometer war an jenem Tag von 1014 auf 1007 gefallen, und ich wußte, daß wir sehr schlechtes Wetter vor uns hatten. Es wurde dunkel. Eine schwarze Front war gerade über uns hinweggezogen. Siebenmeter-Seen steilten sich auf. Es blies mit Windstärke 11. Meine Nase registrierte den Duft von heißem Teer, der in Wolken aus meinem Kragen aufstieg wie aus einem Blasebalg. Meine Haut juckte, und ich leckte das Salz von den Lippen. Obwohl wir vor Topp und Takel liefen, stürmte „Vega" immer noch mit Rumpfgeschwindigkeit dahin. Achteraus türmten sich grüne Berge über meinem Kopf auf. Nigel und Grant waren beide unter Deck. Vielleicht schliefen sie, vielleicht dämmerten sie dahin, in jener halluzinatorischen, den Körper beutelnden Welt, in der man auf der Matraze hin- und herrollt wie ein nasser Sack. „Vegas" Steven vergrub sich in der nächsten grünen Wand wie ein stumpfes Schwert. Das Schiff schüttelte sich, das Rigg vibrierte. Über mir jagten die Wolken an einem silbernen Himmel dahin. Mein Kopf dröhnte. Meine Knochen schrien auf.



McTaggart, der schon als Teenager den kanadischen, den amerikanischen und schließlich den Weltmeister im Badminton geschlagen hatte und im übrigen ein hervorragender Skiläufer und Segler ist, dachte an den fiesen Tod, der möglicherweise vor ihm lag. Er dachte daran, daß sie — falls sie beim erstenmal mit dem Leben davonkämen — noch eine und noch eine und noch eine Explosion vor sich hätten und dann — falls sie wundersamerweise immer noch leben und dem radioaktiven Niederschlag immer noch entgangen sein würden — denselben langen Weg durch die Brüllenden Vierziger zurücksegeln müßten, 3000 Meilen nach Neuseeland, ohne auch nur die geringste Chance, sich vor der Rückreise auszuruhen oder gar zu erholen.

Dabei waren sie sich schon in Neuseeland darüber im klaren gewesen, daß der ganze Witz des Unternehmens darin bestand, sich mit der Yacht direkt in der voraussichtlichen Zugrichtung des radioaktiven Niederschlags aufzuhalten. Das war die einzige Möglichkeit, die Franzosen von ihren Versuchen abzuhalten.

Sie beschlossen, zwanzig Meilen nordöstlich des Atolls beizudrehen. „Das ist der beste Standort für uns", sagte Nigel. „Von dort aus können wir entweder nach Westen oder nach Nordosten ablaufen, falls ein Sturm uns auf die Küste drückt. Und wir liegen da in Lee der Detonations-Stelle, falls die Franzosen es wieder so machen wie letztes Mal." — „Da lassen wir also die Hosen runter", sagte Grant und kaute auf seiner Pfeife.

Die erste Nacht zerrte an ihren Nerven. Beigedreht wälzte sich das Boot im Sturm von einer Seite auf die andere und produzierte völlig neue Geräusche — eine Bierdose in der Bilge, der halbkardanisch aufgehängte Kocher, Blöcke im Rigg, Seen, die sich am Rumpf brachen. Mit Segelsäcken keilten sie sich in ihren Kojen fest. Mindestens zwei bis drei Wochen wollte sie es auf diese miese Weise dort aushalten.

Als sie dann, nach Tagen, am Horizont den Fesselballon mit der Bombe aufsteigen sahen, ging ihnen der Arsch auf Grundeis. „Sie machen's wirklich", sagte David. „Elende Scheiße", sagte Grant, „es geht los." „Diese Schweine", sagte Nigel. „Diese Schweine." „Was hatte der Franzose noch in Rarotonga gesagt, der Typ, der alles über den Vorjahres-Test wußte? " sagte David. „Sie lassen die Bombe, die sie zünden wollen, an einem lenkbaren Ballon über dem Atoll aufsteigen." „Ja", sagte Nigel. „Und dieser Wissenschaftler in Auckland hat gesagt, wenn du den Ballon sehen kannst, bist du schon viel zu dicht dran, dann kannst du sowieso alles andere vergessen."

Wir hatten irrsinnige Angst, notierte McTaggart in seinem Tagebuch. Um die Franzosen noch mehr zu provozieren, beschlossen sie, noch näher an das Atoll mit dem Ballon heranzusegeln, auf einen Abstand von nicht mehr als 15 Meilen. Auf diese Weise würde die „Vega" direkt unter dem Schirm der pilzförmigen Detonationswolke stehen — jedenfalls die paar Mikrosekunden bis zu ihrer Vernichtung.

Tags drauf machten sie klar Schiff, mixten sich zum Cocktail Gin Tonic, machten zum Abendessen die letzte Flasche Wein auf und setzten einen Funkspruch ab: „ballon letzte nacht über mururoa aufgestiegen stop greenpeace III 16 meilen nordöstlich stop situation furchterregend stop bitte betet und tut was." Sie taten was: In neuseeländischen Häfen wurden französische Frachter bestreikt, ein Blindgänger landete im französischen Konsulat von Melbourne, im Air-France-Büro von Auckland explodierte eine Bombe, Peru drohte Frankreich mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Zwei Tage und zwei Nächte lang wurde die „Vega" von französischen Flugzeugen und Minenwerfern beschattet. Zwei Tage und zwei Nächte lang kriegten der Kanadier David, der Australier Grant und der Engländer Nigel an Bord der „Vega" kein Auge zu — vor Angst, Erregung, Erschöpfung. Einmal wurden sie von dem Minenwerfer „La Bayonnaise" mit voller Kraft in so kruzem Abstand überholt, daß Bug- und Hecksee des Kriegsschiffes sie fast umwarfen. „Zum Teufel damit", sagte David McTaggart und ließ sich in seine Koje fallen. *Alle drei schliefen wir durch bis zum nächsten Morgen, von Kriegsschiffen flankiert, eine Atombombe über unseren Träumen hängend. „Vegas" rotweiße Ahornblatt-Flagge flatterte launisch im Wind.*

Zur gleichen Zeit beantwortete Kanadas Außenminister Mitchell Sharp im Parlament eine Anfrage der konservativen Opposition nach Maßnahmen seiner Regierung zum Schutz der „Vega" (in deren Großsegel längst als neuer Name „Greenpeace III" prangte): „Das ist kein kanadisches Schiff. Die Yacht ist bei uns nicht registriert. Sie segelt nicht unter unserer Flagge. Es ist sehr schwer für uns, ein Schiff unter irgendeiner anderen Flagge oder in fremdem Eigentum zu verfolgen. Es soll ein Kanadier an Bord sein, und ich hoffe natürlich, daß die Yacht nicht in die Explosion gerät, sondern vielmehr die nötigen Schritte unternommen werden, sie aus dem fraglichen Gebiet zu entfernen..."

Die nötigen Schritte wurden unternommen, zunächst von Admiral Claverie persönlich, dem damaligen Chef der französischen Atomtest-Station. Er ließ seinen Kreuzer „De Grasse" zweimal quer vor den Steven der „Vega" laufen. Beim zweiten Mal konnte McTaggart nur mit Maschinenhilfe eine Kollision vermeiden.

Anschließend machten zunächst der Minenwerfer „La Bayonnaise" und der Hochseeschlepper und „Hippopotame", später die „Bayonnaise" und ihr Schwesterschiff „La Paimpolaise" paarweise eine derart haarsträubende Treibjagd auf die kleine Yacht, daß die Kriegsschiffe stellenweise Gefahr liefen, sich gegenseitig in Grund und Boden zu rammen. Bis auf wenige Meter näherten sie sich von beiden Seiten gleichzeitig der Yacht, deckten sie ab, machten die Leute auf ihr kirre — ein Nervenkrieg auf hoher See, wie er in der Geschichte der modernen Seefahrt bisher einmalig sein dürfte.

Die Bombe baumelte immer noch am Versuchsballon über ihren Köpfen. Vier Wochen lang hatten die Franzosen mit ihren Minenwerfern und dem Kreuzer „De Grasse" einen See- und Nervenkrieg gegen die kanadische Segelyacht geführt, die knappe 20 Meilen nordöstlich Mururoas, innerhalb des Sperrgürtels in Lee vor der tödlichen Bombe, beigedreht oder auf- und ab abkreuzte.

Skipper McTaggart und seine Mitsegler Grant und Nigel warteten stündlich auf den entscheidenen Schlag der Franzosen. Was würden sie tun — würden sie die Bombe zünden? Oder McTaggarts „Vega", eine Colin Archer nachempfundene Spitzgattketsch, versenken? McTaggarts Schilderung liest sich wie ein Kriminalroman. Es ist nur keiner. Es ist der Erlebnisbericht eines der ungewöhnlichsten Segler, die ich je kennengelernt habe. *Der Minenwerfer lief uns von Lee her auf. Ich konnte mir darauf keinen Vers machen. Wenn die „Paimpolaise" uns zu einer Kursänderung zwingen wollte, müßte sie doch von Luv kommen, um uns abzudecken und zum Abfallen nach Steuerbord zu zwingen. Aber so, wie die uns an Steuerbord aufliefen, gab es für uns kein Abfallen. Das war eine Aufforderung zur Kollision. Noch 40 Meter — Mein Gott! Ist das möglich? Verzweifelt su-suchte ich nach einem Ausweg. Aber da war keiner. Würden wir jetzt abfallen nach Steuerbord, würden wir direkt vor diesen großen, langen Fleischwolf von Steven laufen. Eine Kursänderung nach Bachbord würde eine Wende und Fahrtminderung bedeuten, und schon würde sein Steven auf unser Deck niedersausen. — 20 Meter. 15 Meter. — In der Hand hielt ich meine Kamera. Es schien der Gipfel des Absurden zu sein, als wenn jemand einem anstürmenden Elefantenbullen im Weg steht und ihn dabei fotografiert. — Zehn Meter. — Für einen Moment sah*

ich wie uns auf dem Peildeck jemand zuwinkte, ein Offizier. Er winkte und – lachte. Er lachte! Das traf mich wie ein Schlag. Und schon war das Schiff so nahe, daß Peildeck und Steuerhaus von dem aufragenden, keilförmigen Steven verdeckt waren. „Hart Ruder!", schrie ich Nigel an. Nigel stemmte seinen ganzen Körper gegen die Pinne. „Vega" verlor Fahrt – der Moment vor dem wir Angst hatten. Das Großsegel schlug im Wind. Der Steven des Minenwerfers über uns war schnurgerade und messerscharf wie die Kante eines Bogens Papier. Blendender Sonnenschein auf der Backbord-, blauer Schatten auf der Steuerbordseite. Dann wurde „Vega" von dem Druck der Bugwelle erfaßt und schlidderte seitwärts wie ein verletztes Tier, das soeben in der Flanke getroffen wurde. Der Steven des Kriegsschiffes stieg und stieg und stieg. Und dann kam er runter. Die Wucht der 4000 Tonnen, die sich in „Vegas" Flanke bohrten, löste einen Aufschrei von gequeältem Holz aus. Splitter sausten durch die Luft. Die Hartholz-Scheuerleiste explodierte, die Verbände krachten. Der Steven des Minenwerfers bohrte sich in das Rigg, seine Konturen zeichneten sich im Großsegel ab. Die Gedanken jagten nur so durch meinen Kopf, zum Beispiel, nach welcher Seite ich über Bord springen sollte, um nicht in die Schrauben zu geraten.

Der Großmast war stehengeblieben, das Schiff leckte nur leicht im Vorschiff. Zwei Stunden lang arbeiteten sie, um das geborstene stehende Gut durch Reservefallen und Tauwerk zu ersetzen, die Schäden zu registrieren: Verbogene, teilweise herausgebrochene Beschläge, verbogene Salinge, Stauchbruch im Besammast, gebrochene Decksbalken, ein Leck vorn an Steuerbord. Was sie noch nicht wußten: Der Großmast war in die Rumpfbeplankung gedrückt worden, was im Laufe der Rückreise zu einem immer schlimmer werdenden Leck führen sollte.

„La Paimpolaise", der Elefantenbulle, war nach Erledigung seines Auftrages auf Rückwärtsfahrt gegangen und wartete die weitere Entwicklung ab. Erst nach der zweiten Notrakete bequemten sich die Franzosen, etwas näher heranzukommen und ein Schlauchboot zur „Vega" zu schicken. Der Kommandant persönlich kam an Bord – leichenblaß, zu Tode betrübt: „Ich sollte Sie stoppen – aber ich wollte Sie nicht rammen! Sie... Sie liefen uns plötzlich seitlich vor den Steven..."

Gegen die Zusicherung, ihr Schiff würde kostenlos repariert werden, und angesichts der Nähe der Zwölfmeilen-Zone, auf die sie zutrieben und in der die Franzosen als Hausherren von Mururoa sie ohnehin mit Leichtigkeit festnehmen konnten, ließen sie sich schließlich einschleppen. Drei Tage später wurden sie wieder hinausgeworfen, das Schiff nur notdürftig repariert, abgeschoben nach Rarotonga, dem nächsten, über tausend Meilen entfernten Hafen, mit lecken Planken, durch die das Schiff schließlich jeden Tag fast 500 Lister Wasser zog.

Über Funk fingen sie unterwegs eine Meldung auf, die auf ihren Wunsch von den Franzosen abgesetzt worden war, freilich in verändertem Wortlaut. Durch ein falsches Manöver ihrerseits seien sie in einen Minenwerfer gelaufen, hieß es da, die Franzosen seien anschließend großzügigerweise ihrem Hilfeersuchen gefolgt, und am Ende hätte die Besatzung der „Greenpeace III" beim Admiral vorzüglich gespeist, bei feinem Wein im Schatten der säuselnden Palmwedel von Mururoa.

Drei Wochen lang hatte die „Greenpeace III" ex „Vega" David McTaggarts die französischen Nuklear-Tests 1972 verzögert. Zwei kleinere Bomben hatten die Franzosen schließlich dorch gezündet. Die erste Detonation wurde von den Greenpeace-Leuten nicht einmal bemerkt, weil ihnen schon von den beiden Minenwerfern im Kielwasser und einem tieffliegenden Suchflugzeug Hören und Sehen vergangen war. Die zweite Detonation hörten sie als sekundenlangen Donner, zu sehen bekamen sie nichts.
Als nach McTaggarts Rückkehr in den kanadischen Blättern eine Meldung erschien, Mitsegler Grant habe sich in einem Krankenhaus wegen einer möglichen Strahlenvergiftung behandeln lassen müssen, scheuchten McTaggarts Eltern ihren fast schon verlorengelaubten Sohn ebenfalls zur Untersuchung in ein Krankenhaus. McTaggart: „In beiden Fällen hat man erklärt, wir seien gesund. Aber es war eine düstere Erinnerung daran, daß wir uns tatsächlich in unmittelbarer Nähe von zwei Atombomben-Explosionen aufgehalten hatten."

McTaggart war absolut blank. Und man sollte meinen, er habe jetzt endgültig genug. Jedenfalls nach Lektüre seiner Aufzeichnungen über den humpelnden, zehn Tage währenden Rückzug nach Rarotonga.

Wir fühlten uns alles andere als wohl. Das Gefühl, versagt zu haben, brannte in uns wie eine Wunde. Man brauchte nich einmal weiter darüber zu reden. Es war sinnlos, darüber nachzudenken, was wir hätten anders machen sollen. Wir haben gezeigt, daß wir gute Segler sind. Na fein. Aber als Politiker sind wir ein Schuß in den Ofen gewesen. Grant nahm die ganze Sache vielleicht nicht ganz so tragisch. Er machte schon bald wieder seine Witze... Aber Nigel und ich, wir reagierten anders. Wir beide sind mehr kämpferischer Natur. Dieser Umstand hat damals vielleicht dazu beigetragen, daß wir es so lange vor Mururoa ausgehalten haben. Ja, daß wir es überhaupt bis dorthin geschafft haben. Aber das Gefühl, verloren zu haben, erwischte uns beide dafür auch um so schlimmer.

Vielleicht gab McTaggart deshalb nicht auf. Von dem ersten Geld, das er sich zu Hause wieder verdiente, bezahlte er einen Anwalt, mit dessen Hilfe er die französische Marine auf Genugtuung und Schadenersatz verklagte.

Mc Taggarts Klage gegen Frankreich läuft immer noch. Zumal er, weil er Niederlagen schlecht verkraften kann und Atombomben ihm keineswegs sympathischer geworden sind, im Jahr darauf mit seiner „Greenpeace III" wieder nach Mururoa gesegelt war, begleitet von Nigel und zwei Freundinnen. Mit einer Video-Kamera hielten die Mädchen fest, wie die Franzosen diesmal enterten, die beiden Männer brutal zusammengeschlagen wurden, David McTaggert in ihr Schlauchboot warfen und Boot und Mannschaft nach Mururoa eskortierten.

Die Prügelei hat McTaggart damals um ein Haar das rechte Auge gekostet. Die Schilderung seiner Odyssee von Mururoa bis in den Operationssaal des Krankenhauses von Papeete auf Tahiti, mit einem undurchsichtigen Klumpen aus Brei und Blut an der Stelle, an der sein rechtes Auge war – schließlich die Geschichte seiner Weigerung, sich operieren zu lassen, bevor sie ihm ein Telefongespräch mit seinem Bruder in Kanada ermöglichten – am Ende sein Sprung vom Operationstisch – ein einziger Alptraum.

In diesen Tagen erwartet McTaggart den Termin für die Berufungsverhandlung vor Frankreichs Oberstem Gerichtshof. Er weiß, daß er auch diese Verhandlung verlieren wird, obwohl die Video-Bilder beweisen, daß sie auf hoher See aufgebracht, geentert, zusammengeschlagen und gewaltsam eingebracht wurden – ein ganz und gar nicht selbstverständliches Beweismittel, das nur existiert, weil McTaggart von vorneherein eine zweite Video-Kamera an Bord hatte, um sie den Franzosen bei einer möglichen Schiffsdurchsuchung als Attrappe zu präsentieren, und weil eins der beiden Mädchen die belichtete Kassette an einer bestimmten Körperstelle verstecken und somit rausschmuggeln konnte.

Die Bilder gingen damals um die ganze Welt, machten aus McTaggart einen kanadischen Volkshelden, trieben die traditionellen Spannungen zwischen dem frankophilen und anglophilen Kanada einem neuen Höhepunkt entgegen, veranlaßten die Regierungen Australiens und Neuseelands zu einer Klage gegen die Regierung Frankreichs vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag (der sicheren Verurteilung wich Frankreich aus, in dem es aus dem Internationalen Gerichtshof ausschied), und brachten schließlich die Regierung des Pierre Elliott

Trudeau zu der öffentlichen Zusage, den Fall ihres Staatsbürgers David McTaggart gegen die Republik Frankreich auf Regierungsebene weiterzuverfolgen, falls McTaggart trotz dieses optischen Beweismaterials auch in der letzten Instanz gegen Frankreich unterliegen sollte.

McTaggart über die Aussichten seiner Berufung: „Die können es sich einfach nicht leisten, mich obsiegen zu lassen, schon gar nicht in einer so delikaten Sache wie bewaffneter Piraterie."

Obsiegt hat McTaggart jedoch in seinem eigentlichen Anliegen. Seit der von ihm ausgelösten Kampagne gegen die Französische Regierung zieht Frankreich es vor, seine Atombombenversuche nur noch unterirdisch durchzuführen. Obwohl sie dann zehnmal so teuer sind. Seither kann sich kein Mitglied der Botschaft Kanadas in Paris mehr im Verteidigungsministerium der Franzosen sehen lassen, ohne dort nicht beschimpft zu werden: „Euer McTaggart soll doch endlich zum Teufel gehen."

Und noch etwas gewährten die beiden Mururoa-Abenteuer und ihre Folgen dem Kanadier David McTaggart: Einen tiefen Blick hinter die Kulissen des weltweiten Atomtheaters. Schon 1972 hatte McTaggart sich gewundert, daß unter den französischen Kriegsschiffen im Versuchsgebiet von Mururoa auch das amerikanische Victory-Schiff „Wheeling" kreuzte. Später erfuhr er, daß das Schiff vollgestopft war mit elektronischen Meßinstrumenten, die es den Amerikanern aufgrund eines zweiseitigen Abkommens mit den Franzosen ermöglichten, ihrerseits vollen Nutzen aus den französischen Atombomben-Versuchen zu ziehen. Denn als Mitunterzeichner des weltweiten Atomversuchsstopp-Vertrages hatte Amerika sich ja verpflichtet, solche Versuche selbst nicht mehr durchzuführen.
Im Verlauf seiner Gespräche und Recherchen fand McTaggart später auch heraus, daß die Franzosen ihn 1973 erst aufbrachten, enterten und zusammenschlugen, nachdem sie sich bei Kanadas Regierung in Ottawa vergewissert hatten, daß die Landerechte der Air France und französischer Militärmaschinen (unter anderem beladen mit Atombomben unterwegs ins Versuchsgebiet Mururoa) von einer solchen Intervention gegen einen kanadischen Staatsbürger nicht berührt werden würden.

Kanada gab grünes Licht, weil es, wie McTaggart auf den drei vielleicht interessantesten Seiten am Schluß seines Buches beschreibt, mit Frankreich auf dem Weg über ein Uranium-Kartell längst in ein gemeinsames Bett geschlüpft war, um zwischen 1972 und 1975 den Preis für Roh-Uranium von rund zehn Dollar auf über vierzig Dollar pro Pfund mehr als zu vervierfachen.

Die Kanadier und vier andere Länder mit Uranvorkommen hatten dieses Kartell 1972 zusammen mit den führenden Uranium-Förderfirmen und Frankreich in Paris gegründet, um den Markt unter sich aufzuteilen und Mindespreise festzulegen — „etwa vier Wochen, bevor ich beschloß, nach Mururoa zu segeln naiv genug, zu glauben, daß meine Regierung mich in meinem Anliegen unterstützen würde. Denn schließlich war Kanada ja offiziell gegen die Weiterverbreitung nuklearen Rüstungsmaterials."

Im Verfolg seiner Atomgeschäfte hat Kanada, wie seither ruchbar wurde, fast 18 Millionen Schmiergelder an internationale Agenten gezahlt, die teilweise Mafia- und ähnlich suspekten Kreisen angehörten. Während McTaggart sich mit der französischen Mustiz herumschlug, sich um die Unterstützung seiner eigenen Regierung bemühte, und Hunderttausende von Kanadiern und Amerikanern die Greenpeace-Stiftung mit ihren Spenden zu einer ernstzunehmenden politischen Größe machten, beschloß Trudeaus Kabinett über Kanadas Parlament hinweg eine Verordnung, bei Strafe von zwei Jahren Gefängnis oder 5000 Dollar keine weiteren Einzelheiten über die Atomgeschäfte Kanadas mehr bekannt werden zu lassen. David McTaggart am Ende seines Buches: In meinem Land ist es jetzt ein Verbrechen, über die Verbrechen meines Landes zu reden."

Ein bemerkenswerter Segler. Ich lernte ihn diesen Sommer im Shetland-Hafen Lerwick kennen, von wo er auslief, um Front zu machen gegen Islands Walfänger. Da stand er also auf schwedischen Holzpantinen an Deck des ehemaligen Fischerei-Forschungstrawlers „Rainbow Warrior", Ende letzten Jahres gekauft von dem Geld des international geachteten World Wildlife Fund, in der Bundesrepublik aus einer Ganzseitenanzeigen-Kampagne unter dem Slogan „Die Meere müssen leben" bekannt als „Umweltstifung WWF" (der Leiter dieser weltweiten Wildtier-Schutzorganisation ist Sir Peter Scott, Vorgänger Beppe Croces auf dem Präsidentenstuhl des Weltseglerverbandes IYRU).

Mit Hilfe der Filme, die von Greenpeace-Leuten über vorausgegangene Wal-Einsätze im Pazifik gedreht worden sind und die schon im vorigen Jahr überall, nur nicht in Deutschland, im Fernsehen liefen, hat McTaggarts Greenpeace-Organisation in letzter Zeit einen ungeahnten Zulauf. Allein in Frankreich, England und Holland, wo im letzten Jahr Büros gegründet wurden, zählt man bereits jeweils bis zu 20 000 Mitglieder beziehungsweise Förderer, die mit ihren Beiträgen und Spenden die Selbstverwaltung und einen großen Teil der Aktivitäten dieser aufmüpfigen internationalen Bürgerinitiative tragen.*

* Auch in der Bundesrepublik befindet sich ein Greenpeace-Büro im Aufbau. Vorläufige Kontaktadresse ist allerdings noch **Greenpeace Netherlands, C. Stomplaan 2, Zeist, Holland. Das Greenpeace-Konto: 1 137 318 200, Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg.**

Ihr Herz trägt diese Bewegung... na wo wohl — natürlich links. Das geht so weit, daß die drei Jungs und drei Mädchen, die im Londoner Greenpeace-Büro fest angestellt sind, nicht für ein kapitalistisches Gehalt arbeiten, sondern lediglich ihre Miete und ihre Reisespesen erstattet kriegen, plus 20 Mark die Woche für Essen und Trinken und 30 Mark die Woche Taschengeld. Das ist selbst in England, wo alles eine Ecke billiger ist, nicht viel. Doch roter wurde es nicht. Weder an Land noch in den zwei Wochen, die ich bei ihnen an Bord war, warfen die Greenpeace-Leute mit Hammer und Sichel um sich.

Abteilung: FREIHEIT DER MEDIEN

WER DIE ANGEHÖRIGEN POLITISCHER GEFANGENER INTERVIEWT, WIRD VON DER POLIZEI SCHIKANIERT UND KRIMINALISIERT

KARLSRUHE/BERLIN
Dezember 1978

„Wir sind Studenten der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin und arbeiten seit Anfang 78 an einem Film über Angehörige von politischen Gefangenen.

Wir hatten für Freitag, den 1.12.78, mit Frau Lauterbach, Mutter von Adelheid Schulz, etwa 55 Jahre alt, Frau Wisniewski, Mutter von Stefan Wisniewski, 58 Jahre alt, und Uwe Folkerts ein Interview in der Privatwohnung von Frau Lauterbach verabredet. Gegenstand des Interviews sollten die persönlichen Erfahrungen der drei als Angehörige von politischen Gefangenen sein. Wegen eines Kameradefektes mußte das Interview am darauffolgenden Samstag, den 2.12.78, wiederholt werden.

Gegen 11 Uhr trafen wir zusammen mit Herrn Folkerts in der Wohnung von Frau Lauterbach ein und machten unser Interview. Das Interview war abgedreht, die Geräte wieder verpackt und die von Frau Lauterbach gekochte Erbsensuppe gegessen, als es um 13.35 Uhr an der Tür klingelte. Frau Lauterbach öffnete, und innerhalb von Sekunden füllte sich die am Stadtrand von Karlsruhe liegende Zweizimmer-Neubauwohnung mit acht bis zehn Polizisten, einige in Uniform, einige in Räuberzivil, fast alle mit Panzerwesten. Wir zählten vier auf uns gerichtete MPi-Mündungen: „Personenkontrolle — legen Sie die Hände auf den

Tisch!" – Um nicht möglicherweise von einem übernervösen Polizeischüler über den Haufen geschossen zu werden, hoben wir die Hände über den Kopf. Unsere Angst mischte sich mit der Verblüffung darüber, durch unsere Filmarbeit zum Gegenstand einer Aktion zu werden, deren hysterische Hektik in äußerst absurdem Gegensatz zur gute-Stube-Szenerie der Lauterbachschen Wohnung stand.
Zwischen die Panzerwestenhelden drängte sich Frau Wisniewski in die Küche, um wenigstens noch die Terrine Erbsensuppe in Sicherheit zu bringen. Parallel dazu lief die Durchsuchung von uns drei und Herrn Folkerts: Abtasten, Schuhe ausziehen, in die Taschen fassen usw. Bezeichnenderweise wurde, obwohl von Personenkontrolle die Rede war, keiner von uns aufgefordert, sich auszuweisen, und auch sonst keine Fragen unsere Identität betreffend gestellt. Auf unsere Frage, was dieser Wahnsinn solle, wurde uns lediglich geantwortet, dies würden wir schon im Präsidium erfahren.

Herr Folkerts und wir wurden einzeln und nacheinander nach draußen abgeführt. Das Treppenhaus war voller bewaffneter Polizisten.

Draußen hatte sich inzwischen eine Bürgerkriegsszenerie aufgebaut: Hinter Fahrzeugen, Häuserecken und Büschen waren jede Menge Polizeischützen in Stellung gegangen. Wir hatten den Eindruck, daß der ganze Block umstellt war. Wir wurden einzeln in Polizeifahrzeuge verladen und, die Pistolen auf unsere Bäuche gerichtet, zum Polizeipräsidium gefahren, wo für jeden von uns eine eigene Zelle bereitstand.

Unsere ständigen Fragen, was der Grund dieser Aktion sei, wurden nicht beantwortet. Es wurden keine Vernehmungsversuche unternommen. Nach ca. zwei Stunden wurden wir einzeln zur erkennungsdienstlichen Behandlung geführt, wir wurden gemessen, gewogen, man nahm uns Fingerabdrücke ab und fotografierte uns von allen Seiten.
Von einem verärgerten, um seine Wochenendruhe gebrachten Beamten hörten wir: „Mir macht das auch keinen Spaß, ich mache das auf Anordnung des BKA."

Wir alle verlangten mehrfach, einen Anwalt anrufen zu können. Die Kripo unternahm jedoch nichts und verweigerte uns damit unser Recht. Freunde, mit denen wir für den Nachmittag verabredet waren, vermißten uns, riefen bei Frau Lauterbach an und erfuhren von unserer Festnahme. Sie beschafften uns zwei Anwälte, die uns gegen 20 Uhr in den Zellen aufsuchten; Kriminalbeamte standen daneben. Herr Folkerts war gegen 18 Uhr freigelassen worden, wir drei wurden bis etwa 22 Uhr in den Zellen festgehalten. Mit den Worten: „Sie sind auf freien Fuß gesetzt" wurden wir schließlich herausgelassen und hörten zum erstenmal den Grund für unsere Festnahme: Paragraph sowieso des Polizeigesetzes – Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Mit unseren Geräten wurde genauso unsinnig umgegangen wie mit uns: ein Teil der Geräte wurde von der Polizei in Frau Lauterbachs Wohnung gelassen, ein Teil in unserem Wagen, ein weiterer Teil wurde uns auf der Wache wieder ausgehändigt, ein vierter Teil wurde beschlagnahmt. Wir erhielten einen Durchsuchungsbericht; als Grund für die Durchsuchung wurde zunächst „Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung" vermerkt, später jedoch, offenbar im Zuge der Ermittlungsarbeit, durchgeixt und abgeändert in „Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung".

Bis jetzt ist uns kein Grund für unsere Festnahme und die Beschlagnahme genannt worden. Wir können darüber nur Vermutungen anstellen: Sei es, daß sich die Polizei eine Pleite wie in Michelstadt nicht noch einmal leisten will, und nach dem Prinzip „einmal Kamera, immer Kamera" jedes in ihrem Zuständigkeitsbereich anfallende Filmteam verhaftet, oder sei es, daß wir einem gewissen Summationseffekt zum Opfer gefallen sind: seit wir an diesem Projekt arbeiten, nehmen die Schwierigkeiten und Behinderungen unserer Arbeit durch die Polizei von mal zu mal zu.

Fall 1: Wir begleiten Frau Wisniewski im September zur Strafanstalt Frankenthal, wo sie ihren dort einsitzenden Sohn besucht. Nachdem sie die Anstalt betreten hat, und wir in die Innenstadt fahren, um Kaffee zu trinken, werden wir von einer zivilen Polizeistreife angehalten und kontrolliert. Unser Auto und unsere Ausrüstung werden durchsucht. Wir fahren zur Strafanstalt zurück, holen Frau W. ab und fahren in Richtung Autobahn. Fünfhundert Meter von der Anstalt entfernt werden wir von einem mittelschweren Polizeiaufgebot (sechs bis acht Polizisten, zwei MPis, drei Kfz) gestoppt, obwohl unsere und Frau W.'s Identität bekannt sein muß. Erneute „Personenkontrolle" und penible Durchsuchung von Fahrzeug, Gepäck und Geräten. Wir wissen von der Familie W., daß solche Aktionen zur Routine eines Besuchs in Frankenthal gehören.

Fall 2: Eine Woche später treffen wir uns mit den Töchtern von Frau W. vor dem Frankenthaler Gefängnis. Wir drehen ein Interview mit ihnen vor der Strafanstalt. Wieder ist showdown in Frankenthal, wir werden von mehreren Polizeifahrzeugen umringt, die Polizisten, an ihrer Spitze der uns schon vertraute Kriminalpolizist Nachtigall, beschlagnahmen Film- und Tonmaterial zu „Ermittlungszwecken". Das Filmmaterial erhalten wir verstümmelt zurück, über das Tonband ist streckenweise Radiomusik (Chanson d'Amour u.ä.) gespielt worden, von unserem Antrag beim Amtsgericht Frankenthal auf Herausgabe des Materials haben wir bis heute nichts gehört. Damit sind mehrere Tage Arbeit und Material für einige hundert Mark im Eimer.

Fall 3: Einige Tage später befinden wir uns mit Frau Schulz und Frau van Dyk auf der Heimfahrt von einem Angehörigentreffen. Auf der Autobahntankstelle Karlsruhe-Durlach sehen wir uns plötzlich von vier Pkw's, vier MPis und zwölf Terroristenjägern, davon zwei mit Panzerweste, umringt, die den Geschäftsbetrieb der kleinen Tankstelle zum Erliegen bringen. Über uns kreist ein Hubschrauber. Nachdem dem Tankwart klar wird, daß in unserem Wagen nicht Carlos Phantomas, sondern zwei ältere Frauen und ein Filmteam sitzen, drängelt er sich durch die Schützenkette und fragt trocken: „Normal oder Super? " – Nach einer halben Stunde ist diese „Routinekontrolle" ebenfalls ausgegangen wie das Hornberger Schießen; die Polizisten verschwinden in der Karlsruher Nacht, um den nächsten Angehörigen aufzulauern, die nach Hause fahren. Der Tankwart reibt sich die Augen.
Unser Versuch, beim Angehörigentreffen anzurufen, scheitert, das Telefon ist bis zum kommenden Morgen blockiert. Unser Eindruck, schon auf der Hinfahrt observiert worden zu sein, hat uns also nicht getrogen.

Fall 4 und bisheriger Höhepunkt: Der Versuch unserer Einreihung in die sogenannte Unterstützer-Szene durch BKA und Bundesanwaltschaft.

Wenn die im Durchsuchungsbericht genannte Begründung ernst gemeint ist, kann sie nur bedeuten, daß BKA und Bundesanwaltschaft Frau Wisniewski und Frau Lauterbach als eine kriminelle Vereinigung ansehen. Die Kriminalität der beiden bestünde dann wohl darin, daß sie sich nicht von ihren Kindern distanzieren, daß Frau W. ihren Sohn im Gefängnis besucht, daß beide Frauen zu einer Anzahl von Angehörigen politischer Gefangener gehören, die sich öfter treffen, ihre Erfahrungen austauschen und sich gemeinsam zu ihrer Situation und der ihrer inhaftierten Angehörigen verhalten. Nach dieser Polizei-Logik wären also zwei ältere Frauen, weil sie mit politischen Gefangenen zu tun haben, eine terroristische Vereinigung, und ein Filmteam, das seiner publizistischen Tätigkeit nachgeht, eben dadurch eine Unterstützergruppe – von zwei älteren Frauen.
An genau diesem Punkt, der auch wesentlicher Aspekt unseres Films ist, berühren sich die Erfahrungen der Angehörigen mit denen, die wir selber inzwischen gemacht haben: ständige Polizeischikanen und Kriminalisierungsversuche.

Wir lassen uns von der Polizei nicht vorschreiben, über welches Thema wir arbeiten und über welches nicht.

Offenbar besteht ein massives Interesse von BKA und Bundesanwaltschaft, genau diesen Bereich im Dunkel von Verdächtigungen und Tartarenmeldungen zu belassen. Wir halten den ganzen Vorgang für einen schwerwiegenden Angriff auf die Presse- und Informationsfreiheit, und erheben schärfsten Protest.

Wir haben rechtliche Schritte über unsere Anwälte Riehle und Clausen in Karlsruhe eingeleitet.

Wir haben uns vorgenommen, der Karlsruher Polizei in unserem Film ein bleibendes Denkmal zu setzen. Wir werden den Film fertigstellen und veröffentlichen.

Kontakt: Renate Simon, Edgar Dülfer, Manfred Muder. Tel.: 030 / 61 83 409.''

Zensurparagraph 88a

EIN KÖLNER GERICHT HAT SICH ZU EINEM FREISPRUCH ENTSCHLOSSEN

KÖLN 2.Januar Im ID 258 berichteten wir über ein Verfahren gegen den Geschäftsführer des ‚anderen Buchladen' in Köln, Achim Wirdeier. Ihm wurde vorgeworfen,die Zeitung der ‚Revolutionären Zellen, den ‚Revolutionären Zorn' im Buchladen ausgelegt zu haben. Die Anklage lautete auf Verletzung des § 88a, dessen Sinn es ist, die bundesdeutsche Gesellschaft von Aufrufen zur Gewalt freizuhalten.

Am 21.12.1978 wurde gegen Achim Wirdeier in einem Kölner Gericht verhandelt. Es konnte eindeutig geklärt werden, daß er von der Anwesenheit der Zeitung im Laden nichts wußte. Es scheint Praxis der Gruppe ‚Revolutionäre Zellen' zu sein, Lesematerial nicht persönlich abzugeben, sondern es ohne erklärende Gespräche in verschiedenen Läden zu deponieren. Erstaunlicherweise konnte sich das Gericht aufgrund der Tatsachen zu einem Freispruch entschließen.

Zensur in den Medien

EIN FILM ÜBER SCHWULE WURDE ABGESETZT

BIELEFELD 3. Januar 79 *Zusammen mit einem Redakteur des Westdeutschen Rundfunks (WDR) drehten Mitglieder der Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld (IHB) einen Film mit dem Titel: „Schauplatz: Gerichtstraße – Schwulengruppe in Bielefeld". Der Film sollte am 19. Dezember 1978 im dritten Programm des WDR gezeigt werden, wurde aber kurzfristig zugunsten eines Film über den Boxsport abgesetzt. Viele Protestanrufe beim WDR förderten einen vermutlichen Grund für die Absetzung zutage: der Film wurde aus Rücksicht auf die deutsche Weihnachtsstimmung nicht gesendet.*

Hier eine Pressemitteilung der Initiativgruppe:

„Die für den 19.12.1978 um 20.15 Uhr angekündigte Sendung des WDR 3-Fernsehens „Schauplatz: Gerichtstraße – Schwulengruppe in Bielefeld" wurde kurzfristig aus dem Programm genommen. Stattdessen wurde eine sogenannte „aktuelle Berichterstattung" über die Gefährlichkeit des Boxsports gesendet. Ohne die Wichtigkeit dieses Themas herabwürdigen zu wollen, erscheint uns die Begründung für die Herausnahme der „Schauplatz"-Sendung fadenscheinig.

Wir müssen vielmehr befürchten, daß hier – nicht zum ersten Mal – der Versuch gemacht wird, einen Bericht über Schwule zu verhindern. Diese Vermutung wird durch die Tatsache verstärkt, daß kein konkreter neuer Termin für die Ausstrahlung der „Schauplatz"-Sendung genannt wurde.

Wir fordern eine Ausstrahlung der „Schauplatz"-Sendung zum nächstmöglichen Termin (und zur gleichen Sendezeit!), sowie eine ausführlichere Erklärung der WDR-Verantwortlichen für die Streichung der Sendung am 19.12.78!"

Kontakt: Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld, c/o AStA Universität, Postfach 8640, 4800 Bielefeld.
Für Proteste beim WDR: WDR Fernsehen, 3. Programm, Chefredaktion, Apellhofplatz 1, 5000 Köln 1, Tel.: 0221 / 2201.

BILD WIEDER DA – BILD WIEDER WEG

LÖRRACH 12.Dezember *Wir (ich und viele andere) bitten euch um Veröffentlichung der folgenden Zeilen. Zuerst einmal einen schönen Gruß an die Leute aus Salzhausen:*

„In den frühen Morgenstunden des 9.Dezember starteten wir erneut eine Aktion gegen die BILD-ZEITUNG. Wir beschlagnahmten die Ausgabe vom 7.Oktober, die wir uns damals ja nur ausgeliehen hatten.
Die beschlagnahmte Ausgabe vom 9.Dezember hinterlegten wir unter einer vor Jahren gebauten und bis heute nicht verwendeten Brücke. So gegen 12 Uhr Mittags verständigten wir dann unsere ‚Freunde und Helfer' über den Verbleibe der BILD.
Was diese daraufhin veranlassten, ist bis heute unbekannt.
Die Lörracher Tagespresse erwähnte den Vorfall in keinster Weise. Zu guter Letzt muß noch gesagt (geschrieben) werden, daß die Aktion diesmal nicht so reibungslos wie beim letzten Mal verlief; aber wir können trotzdem von einem Erfolg reden.
In der Hoffnung und Erwartung, daß sich noch mehr Leute dazu entschließen könnten, etwas gegen SPRINGERS MASSENBLATT zu unternehmen.

BUBACK-NACHRUF UND KEIN ENDE

SCHORNDORF 3.Januar *Dies ist eine Presseerklärung des „Schorndorfer Blättle", die mit allen Mitteln und auf allen Kanälen verbreitet werden will:*

„Nachdem die Mühlen der Justiz (sie mahlen langsam aber gründlich) schon 1 1/2 Jahre gegen uns gearbeitet haben, ist es nun so weit. Der Prozeß wegen des Nachdrucks des „Buback-Nachrufs" im ‚Schorndorfer Blättle' ist eröffnet.
Am 30.Januar findet vor dem Amtsgericht Waiblingen (in öffentlicher Verhandlung) die erste Hauptverhandlung gegen 7 Leute der Schorndorfer Stadtzeitung statt. Anklagepunkte sind ‚Verunglimpfung des Staates' ‚Billigung von Straftaten' und ‚Volksverhetzung'.

Die Dokumentation in Schorndorf geschah zu einer Zeit, in der der ‚Buback;Nachruf' in sinnentstellenden Bruchstücken durch alle Massenmedien geisterte und als Anlaß genommen wurde, gegen die politischen Rechte der Studenten in aller Öffentlichkeit vorzugehen. Der Nachruf wurde in Schorndorf mit einem Vorspann veröffentlicht, in dem dieser Sachverhalt als eigentliche Motivation für die Dokumentation dargestellt wurde. Dieser Vorspann aber ist der zentrale Angriffspunkt der Staatsanwaltschaft. Da dieser Vorspann keine ausdrückliche Distanzierung vom strafbaren Inhalt des Mescalerotextes enthielte, müsse davon ausgegangen werden, daß die Redaktion sich mit dem Inhalt des Textes identifiziere (welche einleuchtende Logik). Inwieweit sich das Gericht dieser „Logik" anschließt, steht in den Sternen, aber wohl kaum im Gesetzbuch. Denn: bisher

waren sich die Gerichte sehr uneins in der juristischen Einschätzung des Nachdrucks vom Mescalerotextes.

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Urteilsfindung dürfte die Unterstützung der Angeklagten durch eine Öffentlichkeit sein.

Wie kann die Unterstützung konkret aussehen:

erstens: Moos, Kies, Zaster, money, Knete usw. für Öffentlichkeitsarbeit, Anwaltskosten, evtl. Prozeßkosten,Geldstrafen. Solidaritätskonto: s'Schorndorfer Blättle, Volksbank Schorndorf (BLZ 60291410), Konto-Nr.12 600019

zweitens: Anwesenheit beim Prozeß, Dienstag, 30.Januar Amtsgericht Waiblingen

drittens: Zusendung von Materialien, Dokumentationen zur Mescaleroaffäre.

viertens: Mund- und andere Propaganda zugunsten des ‚Blättle'

Kontaktadresse: **s'Schorndorfer Blättle, Tilman Bornefeld, Streicher Straße 25, 7060 Schorndorf**

EI, WO KOMMEN ALL DIE VIELEN FLASCHEN HER ?

HANNOVER *Von einem Beteiligten:*
8. Dezember

„Freitagnachmittag – ein LKW hält vor Hannovers größtem Betonklotz, dem Ihme-Zentrum. Zwei dunkle Gestalten steigen aus und beginnen damit, Kartons und Kisten abzuladen. Kurze Zeit später gesellt sich eine 30- bis 40-köpfige Horde „Radikalinskies" dazu und schnappt sich den schon beträchtlich angewachsenen Kartonberg. Und dann gehts mit den Kartons lachend, tuschelnd, feixend, also reichlich belustigt die Rolltreppe hinauf. Die Leute vor der Bushaltestelle und vor dem Kaufhof kriegen den Mund nicht mehr zu und verstehen die Welt nicht mehr. – Was machen die Radikalinskies denn hier ? – Wo laufen se denn hin ? ? ? – Und was haben die denn überhaupt in ihren Kisten ? ? ? ? ? ?

– Aha, die Stadtwerke! – Und was kommt nun aus den vielen Kartons zum Vorschein? – Keine faulen Eier, keine Steine, keine Aufkleber und Transparente... sondern Flaschen. – Nein! Nicht die mit der brennenden Lunte. Stinknormale leere Wein- und Saftflaschen. **Flaschen, Flaschen, Flaschen** über Flaschen.

Innerhalb von zwei Minuten sind weit über 1500 Flaschen fein säu'erlich vor den Stadtwerken Hannover aufgebaut. Der Haupt- und Nebeneingang sind dicht. Da hilft auch kein zaghafter Versuch, sich doch noch einen Weg durch das Meer von Flaschen zu bahnen, mein Herr; Sie fallen nur unnötig hin.

Die Reaktion der Angestellten und Chefs erinnerte uns sehr an das Verhalten unserer entfernten Verwandten im Zoo: Hektisches und zielloses Herumgerenne, Achselzucken und Kopfschütteln, Grimassenschneiden an der Schaufensterscheibe, von ständnislos Lächeln über Unbeteiligt bis hin zu Grimmig und Zähnefletschend.

Die Bürger, die bei unserem Anmarsch auch noch recht verständnislos dreingeschaut hatten, aber neugierig hinterhergekommen waren, hatten ihre wahre Freude an dem neuen Innenleben der Stadtwerke, zumal wir ihnen mittlerweile auch erklärt hatten, wozu das Ganze gut sein sollte. Zwei begeisterte Omis vertrieben einen uns gar nicht wohlgesonnenen progressiv-dynamischen jungen Herrn mit einem grandiosen Wortgefecht . Ein beherzter Bürger half uns sogar beim Flaschenaufbauen und machte wieder Ordnung, wenn der Wind ein paar Flaschen umgestoßen hatte. Ansonsten gab es eine Menge wohlwollende (ehrlich!) Reaktionen und Gespräche mit den Leuten über Energieverschwendung, zu hohe Strompreise, Gott und die Welt und nicht zu vergessen: über Flaschen.

Als nach einer halben Stunde die Flugblätter alle und die ersten Grünen im Anrücken waren, traten wir,immer noch guter Dinge, den Rückzug an; seit langem mal wieder mit einem guten Gefühl im Bauch, daß wir doch noch in der Lage sind, lustig-listige Aktionen zustandezubringen, die Aufmerksamkeit erregen, ohne uns gleich mit der Polizei rumschlagen zu müssen. Den krönenden Abschluß bildete dann eine gemeinsame Kaffee- und Kuchentafel.

Ihr fragt euch mittlerweile vielleicht auch: was soll das Ganze? Wir finden, daß diese Flaschen ein gutes Beispiel dafür sind, wie uns die Wachstumsfetischisten ständig verarschen. Auf der einen Seite reden sie viel von Energieeinsparung, und organisieren sogar Ausstellungen über rationelles Kochen, auf der anderen Seite unterstützen sie durch Billigtarife die Energieverschwendung der Großabnehmer. Die Notwendigkeit des Ausbaus ihrer Stromerzeugungskapazitäten (insbesondere ihre achtprozentige Kapitalbeteiligung am Kernforschungszentrum Jülich) begründen die Stadtwerke Hannover, sicherlich nicht zuletzt mit der zunehmenden Produktion dieser „praktischen Einwegflaschen", für deren Produktion pro Stück 970 Watt-Stunden verpulvert werden. Um nun den Stadtwerken ihre **Angst vor der „drohenden Energielücke"** zu nehmen, wurden



ihnen – natürlich umsonst – 1500 Kilowattstunden zurückgebracht (damit kann eine 60 Watt-Birne 25 000 Stunden brennen). brennen).

So, das könnte dann eigentlich schon alles gewesen sein. Die Presse widmete uns an den nächsten Tagen einen kurzen Vierzeiler und der Rundfunk schwieg sich aus. Doch, wer hätte das gedacht (noch nicht einmal wir haben mit so einem raschen Sinneswandel der Stadtwerke gerechnet), am nächsten Dienstag fanden viele Leute in einem Stadtteil Hannovers folgende Mitteilung der Stadtwerke in ihrem Briefkasten . Außerdem hatten die Stadtwerke in der Nacht zuvor einen großen Halbkreis vor ihrem Haupteingang gemalt, in dem Abstellplätze für weiße, grüne und braune Flaschen markiert waren.

Das brachte den Rundfunk aber dann doch auf die Beine. Ein kurzes Gespräch mit den Stadtwerken: Die wollten es jetzt angesichts der großen Öffentlichkeit doch nicht mehr gewesen sein. – Der Redakteur befragte auch die Leute vom Strompreisboykott. – Auch die waren es nicht. – Es scheint, im tiefen Linden (?) schlummern noch ungeahnte Kräfte, die halt so ab und an zum Ausdruck kommen."

P.S: Linden braucht kein ? mehr, das ist ein Stadtteil von Hannover, d. Composerin.

In der oben erwähnten Mitteilung werden die Bürger aufgefordert, Einwegflaschen zur Sammelstelle der Stadtwerke zurückzubringen.

„DER OFEN MUSS RAUCHEN!"

FRANKFURT 19. Dezember 78 *Über den Stahlstreik wird in der westdeutschen Linken wenig diskutiert – wenn überhaupt, dann gibt es eine Art pflichtgemäßer Solidarität: wer kann schon was dagegen haben, wenn für die Arbeitszeitverkürzung gestreikt wird! Aber die streng disziplinierte Form, in der sich der Streik abspielt, scheint weder Problembewußtsein zu provozieren noch Spaß zu machen. Darüber diskutierten in Dortmund zwei Leute, die ihre Erfahrungen mit der linksradikalen Betriebsarbeit vor ein paar Jahren gemacht haben, als Gruppen wie der „Revolutionäre Kampf", die „Proletarische Linke/Parteiinitiative", die „Proletarische Front", die „Arbeitersache" und viele andere in die Betriebe gingen.*
Aus dem Gespräch zwischen Karl-Heinz, der inzwischen beim ID mitmacht, und Thomas, der bei Hoesch im Walzwerk schafft: Während einer Reise durch das Stahlstreik- und Aussperrungsgebiet traf sich Karl-Heinz vom ID mit einem Stahlarbeiter bei Hoesch, Dortmund, den er von früher aus den Zeiten, als Linke in die Betriebe gingen, kannte. Er hat sehr viel später versucht, Teile aus ihrem Gespräch zu rekonstruieren. Das sieht dann so aus:

K.-H.: Ich habe den ganzen Tag mit Streikposten geredet, mit ihnen vor den Toren gestanden. Der ganze Streik kommt mir sehr ordentlich und diszipliniert vor. Die Streikposten stehen und der Notdienst arbeitet, ja, produziert sogar einen Stahlausstoß, was damit begründet wird, daß die Anlagen auf minimaler Leistung gehalten werden müßten, um nicht kaputt zu gehen...

Thomas: Bei euch in Frankfurt hab ich den Eindruck, daß ihr euch nur dann für den Streik interessiert, wenn die Arbeiter das tun, was ihr euch vorstellt. Mir ist es selbst noch 1969 so gegangen, als in einem Uni Teach-in ein Jubelsturm losbrach, als die Meldung kam, der Stahlmischer bei Klöckner in Bremen ist erkaltet und kaputt (während des Streiks – durch den Streik). Also: Macht kaputt, was euch kaputt macht! Ich kriege da eine ziemliche Wut, wenn ihr jetzt wieder damit kommt. Du darfst nicht vergessen, die Arbeiter hier im Ruhrgebiet haben nach dem Krieg die Hochöfen vor der Demontage gerettet, und da sind sie mit Recht stolz drauf. Und sie haben die Enteignung der Schlüsselindustrieen gefordert. Das steckt einfach in ihnen drin. Sie denken daran, nach Ende des Streiks wieder vollen Lohn zu kriegen und kein Kurzarbeitergeld, weil Hochöfen und Stahlstraßen erst repariert werden müssen.

K.-H.: Aber die Unternehmer haben doch die Hochöfen mindestens schon dreimal vernichtet: durch Kapitalvernichtung während der Krisen und Investitionen in neue, leistungsfähigere Anlagen, den technischen Fortschritt und die Abschreibung. Seit Jahren rationalisieren die Stahlbosse tausend Arbeitsplätze im Monat weg, und seit Jahren hängen die Stahlarbeiter an ihren Hochöfen und sind die nützlichen Idioten, die das Werk erhalten. Das ist der alte Berufsethos der Stahlkocher: Wir können nur dann Forderungen stellen, wenn der Ofen raucht! Das ist ihr Produktivitätsbewußtsein, ihr Forschrittsglaube: Der Ofen muß rauchen!

Thomas: Kannst du dir nicht vorstellen, wie es ist, an einem Hochofen zu arbeiten? Dreißig Meter hoch ist das Ding und kostet ein paar Millionen.

K.-H.: Jaja, es gibt da eine sinnliche Faszination, eine sinnliche Gewalt, die von diesen Dingern ausgeht; aber daß der Ofen nicht nur raucht, sondern auch die Luft verschmutzt, darüber habe ich hier mit kaum jemandem reden können. Und die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ist immer nur mit der Rationalisierung, der Sicherung der Arbeitsplätze begründet worden, aber nie damit, daß weniger Arbeit mehr Leben heißen könnte...

Kontakt: über ID, Stichwort BETRIEB.

STREIKBRECHER I : FIEBERHAFTER ARBEITSANFALL IN BREMEN, HATTINGEN, BOCHUM UND OBERHAUSEN

DUISBURG 4. Dezember *Die Zeitung für das Ruhrgebiet, „Revier", stellte am 4.12. zusammen, wie die Unternehmer der Stahlindustrie die Arbeit über ihre verschiedenen Werke verschoben, um den Produktionsausfall durch Streik und Aussperrung möglichst gering zu halten. Offenbar konnten sich die Kollegen der Werke, die jetzt für die bestreikten und von der Aussperrung betroffenen Betriebe mitschaffen mußten, nicht klar genug dagegen wehren, zu Streikbrechern gemacht zu werden:*

KLÖCKNER-HÜTTE BREMEN VOLL AUSGELASTET

Ein Vertrauensmann von Klöckner-Bremen berichtet, daß dort während des normalen Schichtbetriebs weitaus mehr als üblich produziert wird. Die vom Werksvorstand beantragten Zusatzschichten hat der Betriebsrat der Hütte abgelehnt.

HENRICHSHÜTTE HATTINGEN: WEIHNACHTSBLOCKSTILLSTAND ABGESAGT

Der Werksvorstand der Henrichshütte in Hattingen (Thyssen) hat den für Weihnachten geplanten Blockstillstand abgesagt. Auch hier ist die tagsübliche Produktion ganz erheblich hochgefahren worden.

KRUPP BOCHUM: VOLLE PRODUKTION

Bei Krupp-Bochum läuft zur Zeit volle Produktion für Ford und VW.

THYSSEN-HÜTTE OBERHAUSEN: AUFTRÄGE WEITERGEGEBEN

Press- und Plattierungsaufträge sind von der Thyssen-Hütte Niederrhein in Oberhausen an die Henrichshütte in Hattingen wei-

tergegeben worden. Dieses Material wird für den Kessel- und Schiffsbau benötigt.

THYSSEN-HÜTTE OBERHAUSEN: TOTALE AUSRÄUMUNG

Im gleichen Werk wurden vor der Aussperrung die Lager total ausgeräumt.

STUTTGARTER ZEITUNG: ARGUMENTE FÜR VOLLSTREIK

So wundert man sich denn auch nicht, daß die Stuttgarter Zeitung berichten konnte, der Stahlstreik wirke sich nicht aus, da nur zwei Fünftel der Stahlwerker streiken. Die Produktion wird weitestgehend auf andere Bereiche übertragen. Diesen Manövern der Unternehmerseite kann letztlich nur durch einen Vollstreik begegnet werden.

aus: Revier Nr. 5, 4.12.78, Zeitung für das Ruhrgebiet. Kontaktadresse: Revierbüro, Siegstraße 15, 4100 Duisburg.

STREIKBRECHER II : DIE RESOLUTION DER VERTRAUENSLEUTE VON KLÖCKNER-BREMEN

BREMEN
4. Dezember *Die Vertrauensleute von Klöckner-Bremen setzten sich für einen bundesweiten Streik in der Stahlindustrie ein, weil sie keine Lust hatten, zu „nationalen Streikbrechern" gemacht zu werden:*

„Auf den berechtigten Kampf unserer Kollegen im Ruhrgebiet für die Einführung der 35-Stunden-Woche haben die Stahlkonzerne mit der rechtlosen Aussperrung aller streikenden 37 000 Kollegen und der plötzlichen Aussperrung von 30 000 Kollegen anderer Betriebe geantwortet.
Obwohl die IG Metall keinen einzigen Betrieb der Klöckner Werke AG des weiteren bestreikt, hat die Konzernspitze auch 4 000 Kollegen von Klöckner-Georgsmarienhütte, Osnabrück, ausgesperrt.

Die Konzernspitze, die andauernd laut über die Stahlkrise jammert, gefährdet damit gewissenlos die 4 000 Arbeitsplätze in Osnabrück. In dieser Situation ist die praktische Solidarität aller Kollegen nötig. Es muß verhindert werden, daß Teile des Klöckner-Konzerns als nationale Streikbrecher auftreten. Nur wir alle zusammen können den Stahlkonzernen eine Niederlage beibringen. Die rechtlose Aussperrung kann nur durch die geschlossene Streikfront aller Kollegen in der Stahlindustrie zu Fall gebracht werden.

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich kann nur von allen Stahlarbeitern erkämpft werden.

Die Kollegen auf der Klöckner-Hütte Bremen stehen bereit."

zitiert nach „Revier" Nr. 5 vom 4.12.78, Siegstraße 1, 4100 Duisburg.

THYSSEN HAT DIE DREISSIG-STUNDEN-WOCHE SCHON !

DUISBURG
4. Dezember 78 *Im „Stahlkocher" vom 4. Dezember 1978, einem Blatt „von Kollegen für Kollegen der August-Thyssen-Hütte" in Duisburg, standen zu Anfang des Streiks und der Aussperrung die folgenden Überlegungen, die seither nicht weniger aktuell geworden sind:*

„SIND 35 STUNDEN ZU HOCH GEGRIFFEN ?

„Jedes Jahr eine Stunde weniger ist ein wirksames Mittel gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen" — so Loderer.

Stimmt das denn, wenn heute schon pro Monat 1 000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen abgebaut werden? Bis 1983 würde jeder vierte Kollege seinen Arbeitsplatz verlieren. Nehmen wir das Beispiel Hochofenbereich:

Thyssen kann bis in fünf Jahren leicht einen zweiten Schwelgern-Großhochofen hinstellen, der fünf Hochöfen alter Bauart ersetzt. Das wäre eine Verringerung pro Schicht von 75 auf 29 Mann! Wenn wir erst 1983 die 35-Stunden-Woche haben, sind uns die Kapitalisten im Rationalisierungstempo stets eine Nasenlänge voraus. Das wäre wie der Wettlauf zwischen Hase und Igel. Wenn wir glauben am Ziel zu sein, lachen die Bosse: „Wir sind schon vor Euch da!"

Nur eine sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich können die Kapitalisten nicht sofort durch Rationalisierungen wettmachen. Allerdings werden sie Neueinstellungen durch Überstunden und verschärftes Arbeitstempo zu umgehen versuchen. Mit Kurzarbeit und weniger Belegschaft produzieren heute viele Abteilungen dasselbe wie vor Jahren. Die durchschnittliche, effektive Arbeitszeit bei Thyssen betrug letztes Jahr 30,4 Stunden. Der „Einstieg in die 35-Stunden-Woche" holt keinen Arbeitslosen von der Straße.

Die 35-Stunden-Woche schon heute !

Dann kann der Kampf um Neueinstellungen besser geführt werden! Wenn er verbunden wird mit der Forderung nach

- EINFÜHRUNG DER 5. SCHICHT,
- GEGEN ÜBERSTUNDEN,
- FÜR DIE ÜBERNAHME ALLER AUSZUBILDENDEN."

Kontaktadresse: K. Neumann, Kocherstr. 35, 4100 Duisburg

Stahlarbeiterstreik: DISKUSSIONEN IN DEN SCHULEN UND AN DER UNIVERSITÄT, STRASSENBAHN UND MÜLLWAGEN STANDEN STILL

DUISBURG
19. Dezember *Aktive Lehrer und Professoren haben zusammen mit Leuten aus den bestreikten Stahlwerken dafür gesorgt, daß an Schulen und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen über den Streik gesprochen wird. Außerdem haben die Kollegen aus dem öffentlichen Dienst mit Warnstreiks und Kundgebungen darauf aufmerksam gemacht, daß bei ihnen Stellenstreichungen angekündigt sind (und dagegen keineswegs die Arbeitszeitverkürzung gefordert wird!)*
Hier einige Meldungen aus dem „Revier":

Ein Schul-Beispiel (1.12.)

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Erich Frister, hat die Lehrer aufgerufen, die Probleme dieses Arbeitskampfes in den Schulen und Hochschulen zu diskutieren.

Studenten schaffen auch nichts (7.12.)

Auf einer studentischen Vollversammlung der Gesamthochschule Duisburg wird der Kollege Herbert Knapp heute die Argumente für unseren Streik und unsere Vorstellungen darstellen, damit von fortschrittlichen Kräften an der Hochschule unsere Positionen unterstützt werden können. Für die Zeit über den Streik hinaus, so sagte er uns, schlägt er eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Gewerkschaft vor. Öffentliche Veranstaltungen sollen zu gewerkschaftlichen Themen öfters in den Hochschulen stattfinden. Die Studenten sollen ihr Studium nutzen, um an sozialen und politischen Alternativen im Interesse der Arbeiter und Angestellten mitzuarbeiten. Der

Kollege Knapp greift damit eine Forderung auf, die H. O. Vetter vor einem Jahr in einer Rede an der Universität Marburg aufgestellt hat.

Straßenbahn fährt nicht, Müll bleibt liegen, Studenten schaffen wieder nichts (9.12.)

Gestern haben die in der ÖTV organisierten Arbeiter und Angestellten der DVG und der Stadtreinigung zwischen 12 und 13 Uhr durch einen Warnstreik ihre Solidarität mit unserem Kampf um die Einführung der 35-Stundenwoche bekundet. Durch diese Aktion waren der gesamte Duisburger Nahverkehr und die städtische Müllabfuhr gänzlich lahmgelegt. Betrachten wir diese Willensbekundung der ÖTV-Kollegen als Ausdruck der Notwendigkeit unserer Streikziele und als Auftrag, diese durchzusetzen.
Ebenfalls gestern fand ein Solidaritäts-Warnstreik der in der ÖTV organisierten Kollegen an der Gesamthochschule Duisburg statt.

Mannesmänner in der Uni Münster (9.12.)

Am Mittwoch Abend fand am soziologischen Institut der Uni Münster auf Einladung des Projektes „Massenarbeitslosigkeit" eine Solidaritätsveranstaltung statt, zu der Vertreter des Vertrauensleutekörpers von Mannesmann Huckingen und der „Revier" geladen waren. Vor rund 130 Teilnehmern entwickelte sich nach den einleitenden Worten von Christian Sigrist, Leiter des Instituts, sowie eines knappen Vortrags über die Situation der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie durch den Kollegen von Mannesmann eine lebhafte Diskussion. Runde 500 Mark an Spenden waren der deutliche Ausdruck davon, daß es gelungen war, den Teilnehmern der Veranstaltung die Positionen der IG-Metall in diesem Arbeitskampf nahezubringen.

Protest gegen die Bankrottpolitik der Duisburger SPD (19.12.)

Vor der Mercatorhalle, in der der Rat der Stadt Duisburg seine Haushaltsberatungen abhielt, fand eine Protestkundgebung der ÖTV statt. Die Kollegen der ÖTV wenden sich gegen den Arbeitsplatzabbau in den Betrieben und Verwaltungen in der Stadt Duisburg, sie wenden sich damit gegen eine Personalpolitik der SPD-Mehrheitsfraktion im Stadtrat, die zur Verstärkung der Massenarbeitslosigkeit beiträgt anstatt sie zu bekämpfen (seit 1976 sind 556 Arbeitsplätze und 162 Ausbildungsplätze beseitigt worden, bis 1981 sollen es weiter 760 Arbeitsplätze sein);

die Kollegen der ÖTV wenden sich auch gegen die dadurch entstehende Verschärfung von Leistungsdruck und inhumanen Arbeitsbedingungen im Städtischen Dienst. Sie protestieren gegen eine Sparpolitik, die letztlich die soziale Versorgung der Duisburger Bevölkerung verschlechtern muß;

die 2000 ÖTV-Kollegen wurden unterstützt durch Delegationen aus Duisburger Stahlbetrieben, Thyssen-Hamborn, Mannesmann Huckingen, Krupp-Rheinhausen. Solidaritätstelegramme und -erklärungen trafen von den Kollegen der Stadtverwaltungen Köln und Oberhausen ein. Einhellige Meinung der ÖTV-Kollegen: das war ein Anfang, wir werden verstärkt in die Öffentlichkeit gehen müssen.

Und was ist das „Revier"?

Die „Revier" versucht, einen Informationstransport zwischen den im Streik stehenden Betrieben herzustellen. Wir bitten um Informationen über betriebliche Streiksituation, Streikaktivitäten, Resolutionen, Veranstaltungen usw. Wir stellen unsere Material- und Fotodokumentation allen Betrieben auf Anforderung gern zur Verfügung. Wir sind ganztätig bis 22 Uhr zu erreichen im REVIER-Büro, 4100 Duisburg 1, Siegstr. 15, Tel.: 0203/ 34 00 83

ZUM TOD VON HILDE POHL

FRANKFURT
4. JANUAR

Hilde Pohl, die Mutter des politischen Gefangenen Helmut Pohl, starb im Dezember letzten Jahres. (Im ID 261 war über ihr Leben geschrieben worden). In dem folgenden Bericht schreibt eine ihrer Bekannten über die Hindernisse, die sich ergaben, als ihre Todesanzeige in die Zeitung gesetzt werden sollte:

Wir trauern um

Hilde Pohl

geboren am 20. 3. 1922 — gestorben am 7. 12. 1978

Ihre ganze Kraft galt in den letzten Jahren den politischen Gefangenen. Sie hat sich unerschrocken dafür eingesetzt, daß ihre unmenschlichen Haftbedingungen geändert wurden, sie hat ihre Arbeit nicht vollenden können. Wird Zeit, daß ihre Arbeit nicht vergebens war und weitergeht. Dazu brauchen wir auch weiterhin die Mithilfe von allen, die sich betroffen und angesprochen fühlen.

Für die Fortsetzung der Arbeit bitten wir um Spenden auf das Konto:
Bethmann Bank Ffm. BLZ 501 301 00, Konto: 39 194 0 00
Spendenkonto „Hilde Pohl"

Die Angehörigen der politischen Gefangenen

Die Urnenbeisetzung findet am Donnerstag, den 28. 12. 1978 um 11.30 Uhr auf dem Bornheimer Friedhof — Frankfurt — Dortelweilerstr. statt.

Diese Anzeige wurde von der Frankfurter Rundschau nicht angenommen. Als ich nach Hause kam — eine Notiz, ich soll dringend die Rundschau zurückrufen. Mein einziger Gedanke — ein Formfehler ist zu berichtigen. Herr Arasmus von der FR ruft mich an. Beginn des Gesprächs: „Wir leben in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat . . . " Der erste Eindruck: ich bin an ein Tonband geraten . . . Nachdem ich die Erläuterungen unterbrochen hatte (die mir Gewißheit darüber verschaffen sollten, wo ich lebe) und Gelegenheit hatte, zu fragen, wo denn der oben genannte eine Erschütterung erfahren habe, bekomme ich die Antwort: .... „unmenschliche Haftbedingungen sind umstritten". Der zweite Grund, die Todesanzeige nicht zu veröffentlichen besteht darin, daß „Die Angehörigen der politischen Gefangenen" nicht ausreicht, d. h. mit Namen bezeichnet werden müssen. Hier will ich bereits unterbrechen, um zu versichern, daß das eine leicht zu behebende Schwierigkeit ist. Aber auch hierzu die Erläuterungen von Herrn Arasmus: Das könnten genausogut die Angehörigen von Herrn Heß sein — wer kann das schon wissen. Das Gespräch verläßt den sachlichen Rahmen, als ich das Wort Zensur erwähne. Dazu wieder mein Gesprächspartner: Pamphlete, Schmähschriften kann man nicht auf der Seite der Familienanzeigen veröffentlichen. Hier war der Punkt erreicht, an dem ich nicht mehr zuhören wollte.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie hatten uns eine Nachrufanzeige für Frau Hilde Pohl übermittelt, deren Inhalt aber einer politischen Anzeige entspricht zusammen mit einem Spendenaufruf.

In dieser Anzeige wird die Behauptung aufgestellt, daß die Haftbedingungen in der Bundesrepublik unmenschlich seien und daß es politische Gefangene gibt.

Da wir für die Verbreitung von Anzeigen zivil- und strafrechtlich mitverantwortlich sind, müssen wir zuvor Rechtsberatung einholen, wenn in Anzeigen Behauptungen aufgestellt werden, die möglicherweise juristische Folgen haben.

Wir bitten sie um Verständnis, daß es für die morgige Ausgabe aber zu spät ist und daß hier nicht eine Familienanzeige üblicher Art vorliegt, die noch verspätet aufgenommen werden kann.

In der Anzeige fehlt auch noch der Name derjenigen Person, die für die aufgestellten Behauptungen verantwortlich ist. Die Bezeichnung „Die Angehörigen der politischen Gefangenen" ist nur eine anonyme Bezeichnung. Bei allen politischen Anzeigen ist es aber notwendig, daß sich je-

mand verantwortlich dazu bekennt.

Mit freundlichen Grüßen , ihre Frankfurter Rundschau, Anzeigenleit gez. Wagner

Daraufhin wurde eine veränderte Fassung vorgelegt:

Wir trauern um

Hilde Pohl

geboren am 20. 3. 1922 – gestorben am 8. 12. 1978

„Du räumst dem Staate denn doch zu viel Gewalt ein. Er darf nicht fordern, was er nicht erzwingen kann. Was aber die Liebe gibt und der Geist, das läßt sich nicht erzwingen. Das laß er un getastet, oder man nehme sein Gesetz und schlag es an den Pra ger!"

Für die Fortsetzung der Arbeit von Hilde Pohl bitten wir um Spenden auf das Konto:

Bethmann Bank Ffm. Blz 501 301 00, Konto: 39194 0 00
Spendenkonto „Hilde Pohl"

Die Angehörigen der politischen Gefangenen
Im Auftrag: Ilse und Helmut Ensslin, Christa Cullen, Christiane Ensslin, Beate Taufer, Hildegard Haag

Die Urnenbeisetzung findet am Donnerstag, dem 28. 12. 1978 um 11.30 Uhr auf dem Bornheimer Friedhof – Frankfurt – Dortelweilerstr. statt.

Dieser Text wurde wiederum von der Rundschau abgelehnt, undzwar mit der Begründung: In der Bundesrepublik gibt es keine politischen Gefangenen. Die Anzeige wurde daraufhin zurückgezogen

In der darauffolgenden Woche wurde die zweite Fassung der Anzeige von der Frankfurter Allgemeinen angenommen.

Die staatsabträglichen Umstände eines Todes. An die, die der Frankfurter Rundschau eine unangemessene Reaktion vorwerfen: Sogar die Beerdigung wurde von ca. 15 zivilen polizisten ‚unauffällig' beobachtet. Du räumst dem Staat denn doch zuviel . . .

Damit die Arbeit von Hilde Pohl fortgesetzt wird, wurde ein Spendenkonto eingerichtet, hier noch einmal die Kontonummer: Bethmann Bank Frankfurt, BLZ 501 301 00 Kontonr.: 39 194 0 00, Spendenkonto „Hilde Pohl".

NEUES VOM GEPLANTEN ZWISCHENLAGER IN AHAUS

AHAUS
3. Januar 79

Da wir den Artikel der Bürgerinitiative Ahaus nicht bringen können, hier nur ein kurzer Hinweis auf das zweite Vorbereitungstreffen für den Widerstand am **13. Januar 79 in Ahaus.**

Kontakt: Bürgerinitiative Ahaus, Mechthild Bettmer-Liebermann, Kusenhook 2, 4422 Ahaus.

BAUBEGINN EINER URANANREICHERUNGS–ANLAGE IN GRONAU

GRONAU
2. Januar 79

Auch dieses ist, wie die vorhergehende Meldung, nur ein aktueller Hinweis aus einem tikel, den wir ganz nicht bringen können:

Am 15.1.79 soll in Gronau mit dem Bau einer Urananreicherungsanlage begonnen werden. Die Anlage soll nach Fertigste lung acht Atommeiler in Brasilien mit Brennstoff versorgen. Die örtliche Bürgerinitiative möchte darüber diskutieren, wie gegen den Bau vorzugehen ist.

Kontakt: Bürgerinitiative Gronau, Herbert Doths, Busshook 3 4421 Legden, Tel.: 02566 / 4657.

ALARMPLANUNG ZUM BAUBEGINN IN GORLEBEN

HAMBURG
3. Januar 1979

Auf zwei Treffen der Bürgerinitiativen im Dezember wurde beschlossen, eine Waldwache einzurichten. Aufgabe dieser Waldwache soll es sein, alle in der Weite des Landkreises Lüchow-Dannenberg eventuell kreuchenden und fleuchenden Bauvorbereiter (als da sind weißbehelmte Grünröcke und gelbbehelmte Blaumänner) ausfindig zu machen und Alarm zu schlagen. Nach Aussagen der Bürgerinitiative St. Georg funktioniert diese Wache jetzt.

Wer sich noch beteiligen will, kann bei der BI St. Georg, **Tel.: 040 / 24 76 90**, anrufen. Außerdem gibt es ein Alarmtelefon im Landkreis: **05882 / 269.**

WIDERSTAND BEI BOHRBEGINN

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und die Freundeskreise der Bürgerinitiative rufen auf zum

3. bundesweiten GORLEBEN - Wochenende am 19/20/21. Januar 1979.

Nach den Vorstellungen der niedersächsischen Landesregierung der Bundesregierung und der „Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen" (DWK), soll Anfang des Jahres 1979 mit den Flachbohrungen in Gorleben begonnen werden. Diese dienen der Erkundung des Baugrundes auf dem vorgesehenen Gelände der dort geplanten Wiederaufarbeitungsanlage. Darüber hinaus werden für diesen Zeitraum Bohrungen der ‚Physikalisch-Technischen Bundesanstalt" (PTB) zur Untersuchung der Schichten oberhalb des Salzstockes und des Grundwassers erwartet.

Damit tritt der schleichende Baubeginn der Atomanlagen im Landkreis Lüchow-Dannenberg in eine Phase, die uns zu einem weitergehenden Widerstand herausfordert. Um unseren Widerstandswillen bekannt zu machen, rufen wir alle Atomgegner auf, sich am 3.Bundesweiten Gorlebenwochenende zu beteiligen.

Außerdem schlagen wir vor:

– Das Gorlebenwochendende zum Anlaß zu nehmen, die Bevölkerung erneut über die Gefahren der Atomenergie und über die Tragweite – bis hin zum Atomstaat - des Baus der Wiederaufbereitungsanlage zu informieren

– auf Treffen, Veranstaltungen und bei Aktionen, mehr Atomgegner als bisher auf die vielfältigen Möglichkeiten des „dezentralen Widerstandsprogramms" aufmerksam zu machen; diese Widerstandsmöglichkeiten breit zu diskutieren und bereits erste Schritte zur Organisierung von wirkungsvollen Aktionen und Kampagnen zu unternehmen, um sich so auf die Flachbohrungen und weitere Bauschritte vorzubereiten.

Büro der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg Drawehner Straße 3; 3130 Lüchow, Telefon 05841 / 46 84

BAUBEGINN DER STROMVERWEIGERUNG IN DORTMUND

DORTMUND
1. Januar 79

Seit dem 1.1.79 beteiligen sich in Dortmund 88 Haushalte am Stompreisboykott.

Kontaktadresse: Gewaltfreie Aktion Umweltschutz, Theo Hengesbach, 4600 Dortmund 1, Große Heimstr. 66, Tel.: 0231/ 10 46 94.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

ID NR. 263

Nummer des Abos **bez. bis ID Nr.** **Exempl.**

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Achtung liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT: *Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders,bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichaushändigung zurückzusenden.*

INHALTSVERZEICHNIS

WIE DIESER ID ZUSTANDE KAM

FRANKFURT
Januar 1979

Vor Weihnachten war klar, daß es in der ersten Januar-Woche einen ID geben sollte mit Schwerpunkt Russell.
Gestern, einen Tag vor Redaktionsschluß, war von Herrn Russell weit und breit nichts zu sehen, d.h. die Leute, die sich damit beschäftigen wollten, hatten es nicht gepackt. Die Frau, die den ID setzen wollte, war im oberhesssischen Bergland eingeschneit. So war kaum etwas composert. Von der Notmannschaft des Druckladens, die extra wegen diesem ID nicht im Urlaub war, hatte sich der Drucker an der Hand verletzt.

Am Mittwoch war niemand da, der trotz dieser Umstände hätte begründen können, wollen, warum doch ein ID erscheinen soll. Die Gründe, die es auch gibt, bahnten sich erst am selben Abend zwischen Biergläsern und heute morgen ihren Weg. Also wird doch einer gemacht, aber nur 16 Seiten – wegen des Setzens und außer Haus gedruckt.

Ergebnis: Es sind einige Sachen drin, die wir wochenlang aus Platzgründen nicht gebracht haben, aber unbedingt bringen wolien. Andere, ebenso alte, sind immer noch nicht drin. Bei vielen Artikeln mußten wir uns damit begnügen, das, was aktuell wichtig war, in Form einer Kurzmeldung herauszunehmen und den Rest zu verschieben. Die Schreiber werdens merken.

ODER:

Sonntag, 31. Dezember: Der große Schnee kommt nach Ffm. **Montag, 1. Januar 79:** Neujahr. Feiertag. **Dienstag, 2. Januar 79:** Petra und Gaga sind eingeschneit: es wird nichts getippt. Einige IDler wühlen sich lustlos durch Manuskriptberge. **Mittwoch, 3. Januar:** Es ist noch nichts gemacht. Junge ID-Menschen finden gute Gründe, diese Woche keinen ID zu machen. **Donnerstag, 4. Januar:** Es ist noch immer nichts gemacht. Junge ID-Menschen finden gute Gründe, trotz allem einen ID zu machen. **Freitag, 5. Januar:** Der erste ID im Jahr 79 mit viel Schnee vom alten Jahr ist fertig.